Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

16.12.1931 (Nr. 165)

Visual Library

LVZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 18. Dezember 1931 • Nummer 165

Fingierter Reichsbanner-Ueberfall

Aus zuverlässiger Quelle hören wir, daß der Ueberfall auf den Reichsbannerkassierer von diesem fingiert worden ist. Genosse Kühne, der im 1. Stock des Volkshauses abzurechnen hatte, soll sich im 2. Stock ein paar harmlose Stiche beigebracht haben. Das Geld fehlte! Schade, mit einem „Nazi-Ueberfall" war es diesmal nichts, liebe „Volkszeitung"!

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die NSZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Krise der Gewerkschaften

Überall hohe Lohnsenkungen

Rechtsstaat

Eine staatsbiologische Betrachtung

Von Dr. jur. Roland Freisler, Verteidiger der Bremer SA.

Rechtsstaat, das ist ein Wort, von dem sie alle sprechen: die Zeitungsschreiber in den Schriftleitungen der demokratischen Presse, die Vielredner in den Parlamenten, auf deutsch Redeeinrichtungen, aller demokratischen Staaten; die systemtreuen Juristen aller „modernen" d. i. bürgerlich-marxistischen, parlamentarisch-demokratischen Kompromißsysteme. Rechtsstaat, das ist das Charakteristikum, das sie alle für ihr Staatssystem in Anspruch nehmen.

Was es bedeutet?

Wie alle Begriffe der bis jetzt Mode gewesenen Formaljurisprudenz natürlich nur etwas Formales, Aeußerliches, nichts Wesenhaftes.

Angebetet als Axiom der Staatslehre seit Montesquieu, dem „großen" demokratischen Dialektiker, bedeutet es die Durchführung der „Trennung der Gewalten" im Staate, die Anatomisierung der im Staat verkörperten Volkskraft in die nebeneinander dahinlebenden drei „Grundgewalten", die gesetzgebende verwaltende und die rechtsprechende. Keine dieser Gewalten darf von der anderen abhängig werden, was voraussetzt, daß grundsätzlich für die Ausübung jeder der Gewalten ein besonderer, auf sich gestellter Behördenapparat gebildet werden muß.

Wie alle Demokraten, die sich nach dem Muster der französischen und der belgischen Verfassung staatlich organisiert haben, ist auch die deutsche Republik stolz darauf, Rechtsstaat in diesem Sinne zu sein und hat demzufolge die Trennung der Gewalten in der Weimarer Verfassung, dem Grundsatz der Republik, „verankert". Die Entwicklung des politischen und staatsrechtlichen Lebens der Republik gibt nun interessanten Aufschluß darüber, wie weit man sich von einer Verankerung entfernen und doch die Fiktion des Fortbestehens der Verankerung aufrechterhalten kann.

Dutzende von Fällen lassen sich gewissermaßen aus dem Handgelenk aufzeigen, in denen die rechtsprechende Macht immer mehr von der verwaltenden abhängig geworden ist. Wir erinnern an die Bestimmungen des neuen preußischen Polizeigesetzes, das die Nachprüfung von Polizeiverfügungen im ersten Rechtszug einer **Verwaltungsbehörde** anvertraute, das die Möglichkeit der Verhaftung von Bürgern ohne jeden Straftatverdacht der Polizei, also einer **Verwaltungsbehörde**, in weitem Umfang zusprach; wir erinnern an den kürzlich im Kurfürstendammprozeß seitens einer **Verwaltungsbehörde**, der Staatsanwaltschaft, unternommenen Versuch, im Gerichtssaal der Erklärung einer **Verwaltungsbehörde**, nämlich des preußischen Innenministers, erhöhte, das Gericht beeinflussende Bedeutung zuzuerkennen; wir könnten die Beispiele beliebig vermehren. Wir wollen nur das Wichtigste noch hervorheben: Die Aufsaugung der gesetzgebenden Gewalt, des Reichstages, durch die verwaltende, Reichskanzler und Reichsregierung, mit Hilfe der Notverordnungen.

Gewiß, das Recht zu gewissen Notverordnungen unter bestimmten Voraussetzungen ist in der Weimarer Verfassung niedergelegt. Aber es sollte ein **Notrecht** für eine **Notzeit** im **Ausnahmefalle** der **Unmöglichkeit rechtzeitiger Einberufung** des Reichstages sein! Niemals hätte einer der Väter der Weimarer Verfassung oder der Demokratie überhaupt auch nur im entferntesten geahnt, daß eine Auslegung dieses Ausnahmenotrechtes in dem Sinne möglich sein werde, daß der Ausnahmefall zur Regel werden könnte — ein Jahr lang gesetzgebende Gewalt grundsätzlich und hauptsächlich in der Hand der verwaltenden Gewalt über das Mittel der Notverordnungen — nie hätte ein Montesquieu, nie auch ein Hugo Preuß, ein Scheidemann oder ein Erzberger geglaubt, daß an die Stelle der **Unmöglichkeit**, den Reichstag rechtzeitig einzuberufen und entscheiden zu lassen, der Wille des Reichstages selbst, nicht einberufen zu werden und der Wille der Regierung, den Reichstag nicht einzuberufen, würde treten können!

Warum wir dies schreiben?

Nicht um Vorwürfe zu machen. Nur um festzustellen, festzustellen nämlich die eigenartige Tatsache, wie weit ein Staatssystem in seinen Lebensäußerungen sich von der selbst festgelegten Organisationsgrundlage tatsächlich entfernen kann, ohne doch diese theoretische Grundlage, die fast nur als Fiktion fortbesteht, aufzugeben.

Es ist ein anziehendes Bild, das dem Beobachter sich bietet: Die gedanklichen Hüter des Hortes der Demokratie handeln so, daß ihre Taten selbst die geistige Grundlage der Demokratie als unmöglich nachweisen!

Die Demokratie der Praxis wird zur Diktatur, wenn auch nur zur Formaldiktatur.

Freilich, und das wissen wir Nationalsozialisten, der Veriff des Rechtsstaates ist durch dies Schwinden der Dreiteilung der Gewalten nicht vernichtet, wenigstens nicht der höhere, innere, wesenhafte Begriff, den wir durch das Wort „Rechtsstaat" Prägung verleihen:

Rechtsstaat ist uns die organisierte Lebensform des Volkes, die alle volkliche Lebenskraft zur Sicherung des Rechtes des Volkes auf Leben nach innen und außen zusammenfaßt.

Und wir wissen, zur Sicherung dieses Lebensrechtes taugt nicht ein System, das die Volkskraft in verschiedenen rivalisierenden „Gewalten" atomisiert, wie es das System der demokratischen Rechtsstaatsideologie tut, hierzu taugt nur die zusammengeballte Volkskraft, wie nur die geballte Ladung den den frontbedrohenden Tank zu bändigen vermochte.

Dies organisierte zum-Einsatz-bringen der geballten Ladung der volklichen Kraft zum Schutze des Volkslebens, ist unser Begriff vom Rechtsstaat.

Auflösung?

Berlin, 18. Dez. Der rote „Dortmunder Generalanzeiger" läßt sich von seinem Berliner Korrespondenten melden, daß man in der Schriftleitung des Zentralvorstandes der SPD. des „Vorwärts" vor einem Wechsel stehe. Der Korrespondent berichtet, daß der Chefredakteur Stampfer durch den Genossen Saupe ersetzt werden soll. Er schreibt in seinem Bericht von der Sitzung der Reichstagsfraktion der SPD. u. a.:

„Das bisher verbriefte Recht der Tarifgültigkeit, so erklärte Graßmann, sei zerschlagen, und dieser Einbruch in das Tarifrecht werde unabsehbare Folgen haben.

Es stehe die erste große politische Existenzkrise der Gewerkschaften nach der Tolerierung der neuen Notverordnung bevor.

Auch in der Inflation hätten die Gewerkschaften eine Existenzkrise erlebt. Damals sei diese aber finanzieller Natur gewesen, diesmal sei sie viel schwerer, weil es eine politische Krise sei. Die Regierung habe mit ihren Maßnahmen die Tore für das Eindringen der Kommunisten und anderer Radikaler in die Gewerkschaften aufgerissen. Schwierig sei besonders die Lage im Bergarbeiterverband und im Beamtenverband (Gemeinde-, Staatsarbeiter usw.)"

Im Ruhrgebiet

Zehn Prozent Lohnkürzung im Ruhrgebiet.

Essen, 17. Dez. Zechenverband und Bergarbeiterverbände traten am heutigen Donnerstag zusammen, um nach den Bestimmungen der Notverordnung die am 1. Januar 1932 geltende Lohnordnung festzulegen. Die Gewerkschaften lehnten eine Vereinbarung ab. Infolgedessen setzte in Durchführung der Notverordnung der Schlichter Professor Dr. Brahm die neuen Löhne wie folgt fest:

Sämtliche Tariflöhne des bestehenden Tarifvertrages werden um 10 Prozent gekürzt. Diese Regelung tritt am 1. Januar in Kraft und läuft bis zum 30. April 1932. Sie kann erstmalig zu diesem Zeitpunkt und dann weiter mit monatlicher Frist gekündigt werden.

Bei Berliner Metallarbeitern

Berlin, 17. Dez. Der Schlichter für Berlin und die Provinz Brandenburg, Minister a. D. Wissell, hat gestern seine Entscheidung über die Lohnkürzungen für die Arbeiter der Berliner Metallindustrie, die durch die letzte Notverordnung bestimmt sind, mitgeteilt. Danach werden die Löhne um etwa 10 bis 15 Prozent gekürzt.

Der Schiedsspruch ist nach der neuen Notverordnung bindend. — Der „Tolerierungs"-Kurs der SPD. wirkt sich für die Arbeiterschaft höchst bezeichnend aus!

Bei den Hochseefischern

15prozentige Lohnkürzung in der deutschen Hochseefischerei

Hamburg, 17. Dez. Wie berichtet, fanden am Mittwoch in Hamburg die Lohnverhandlungen für die deutsche Hochseefischerei sowie für die Chartersahrt statt. Da eine gütliche Einigung zwischen den Parteien nicht zustande kam, mußte der Schlichter angerufen werden, der für beide Parteien einen rechtsverbindlichen Schiedsspruch fällte. Danach werden die Löhne in der Hochseefischerei um 15 v. H. und in der Chartersahrt um 10 v. H. herabgesetzt. Für die Chartersahrt ist außerdem die Pauschale um zwei Mark pro Mann und Fahrt ermäßigt worden.

Holland bleibt beim Goldstandard

Amsterdam, 17. Dez. Wie die Direktion der Neederlandschen Bank im Zusammenhang mit den in der letzten Zeit aufgetauchten Gerüchten über ein angebliches Abgehen Hollands vom Goldstandard auf Anfrage mitteilt, ist sowohl die holländische Regierung als auch die Direktion der Neederlandschen Bank fest entschlossen, am Goldstandard festzuhalten.

Das Hornberger Schießen

Kein gemeinsames Gutachten in Basel?

Basel, 17. Dez. Eine Vollsitzung des Sonderausschusses ist vor Freitag nicht zu erwarten. Ob ein gemeinsames einheitliches Gutachten zustande kommt, scheint immer noch fraglich zu sein. Es besteht auch die Möglichkeit, daß ein kurzer, allgemeiner Bericht festgestellt wird, dem dann als Anhang besondere Bemerkungen der verschiedenen Vertreter hinzugefügt werden. Französischerseits möchte man die vier hinzugewählten Mitglieder Schweden, Holland, Südslawien und die Schweiz, von denen der Youngplan besagt, daß sie „während der Dauer der Verhandlungen und bis zur Erstattung des Berichts in jeder anderen Hinsicht den ordentlichen Mitgliedern gleichstehen", nur als eine Art Beisitzer gelten lassen und dadurch gern von der Ausarbeitung des Gutachtens ausschließen. Damit dringt aber Frankreich, abgesehen von Deutschland, auch bei den amerikanischen, englischen und natürlich auch bei diesen hinzugewählten Mitgliedern selbst nicht durch.

Stand der deutsch-englischen Zollverhandlungen

London, 16. Dez. Ueber den Stand der deutsch-englischen Zollverhandlungen verlautet, daß die Erörterungen der grundsätzlichen Fragen bereits zum Abschluß gelangt sind und daß nunmehr die Besprechungen über die Auslegung der Zollbestimmungen und die Anwendung der Zölle fortgesetzt werden.

Bei den Verhandlungen handelt es sich in erster Linie darum, eine beide Teile befriedigende Klarstellung der Warenbegriffe herbeizuführen. Wenn z. B. die englischen Zollbehörden unter dem Begriff „Overcoats" auch Damenmäntel eingeschlossen wissen möchten, so läßt sich dem entgegenhalten, daß handelsüblich unter diesen Begriff nur Herrenmäntel fallen. Aehnliches gilt für das Bestreben der englischen Zollbehörden, auch baumwollene oder wollene Spitzenwaren zu verzollen, weil sie diese als baumwollene oder wollene Gewebe im Stück ansprechen, was mit der handelsüblichen Bezeichnung nicht übereinstimmt.

Der erste Zusammenstoß klargestellt

Polizei gegen SAP - 60 Reichsbannerleute überfallen zwei Braunhemden

Rosenfelds Weihnachtsmärchen

Hat die Polizei sich richtig verhalten?

Der vierte Verhandlungstag brachte eine Reihe von Ueberraschungen, die nicht nur der „Volkszeitung", sondern selbst Herrn Dr. Rosenfeld nicht angenehm gewesen sein werden. Was wir vor einigen Tagen über die Manieren jüdischer Rechtsanwälte sagten, hat sich gestern wieder einmal vollauf bestätigt und Dr. Rosenfeld trieb es soweit, daß selbst der Vorsitzende feststellen mußte, er lege keinen Wert mehr darauf, die unrichtigen und unsachlichen Ausführungen dieses Verteidigers richtigzustellen. Unsere beiden nationalsozialistischen Verteidiger verließen einmal bei den geschmacklosen Attacken des Dr. Rosenfeld ostentativ den Saal und bekundeten damit, daß der Jude Rosenfeld für sie eben nicht mehr vorhanden sei. Immerhin versteht es Dr. Freisler ausgezeichnet, dem Juden von Fall zu Fall energisch und doch liebenswürdig von oben herab über den Mund zu fahren. Als z. B. Dr. Rosenfeld, der sich schmunzelnd die größten Schauergeschichten seiner eigenen Zeugen anhört, obwohl er selbst nicht daran glauben kann, einem neutralen Zeugen vorwarf, er solle keine Weihnachtsmärchen erzählen, worauf prompt Dr. Freisler ihn fragte, was er denn von Weihnachtsmärchen verstände.

Solche Konterversen geben den an sich schleppenden Verhandlungsverlauf einen immer wieder auffrischenden Impuls und wir bedauern nur, daß der Zuhörerraum nicht 1000 Personen umfaßt, die hier beste Gelegenheit zum Anschauungsunterricht über jüdische Rechtspflege haben würden.

Wir wollen auch heute noch nicht auf die üblen und schon als verlogen erwiesenen Angriffe der „Volkszeitung" eingehen, die mit ihren infamen Beschuldigungen und Verdächtigungen kläglich Schiffbruch erleiden wird. An dem gestrigen Verhandlungstag erscheinen uns die Aussagen des SAP.-Führers Stockhinger, der im Gegensatz zu seinen Genossen sich nicht in Phantastereien erging von besonderer Bedeutung und zwar aus folgenden Gründen:

Unsere SA.-Leute, die von der Ellhornstraße kommend, vom Polizeiflitzer überholt in den Wandrahm einbogen, haben vom ersten Tage an behauptet, daß schon in diesem Augenblick eine Schlägerei in der Bornstraße stattgefunden haben mußte, da sie Schreie und Pfiffe gehört haben. Um den dort scheinbar in Not befindlichen Kameraden zu Hilfe zu kommen, sind sie dann den Wandrahm hinunter gegangen. Diese Behauptung war bislang nicht ganz verständlich, denn tatsächlich sind um diese Zeit Nationalsozialisten noch nicht überfallen gewesen. Der Zeuge Stockhinger brachte heute die Aufklärung. Er behauptet nämlich, in überzeugenden Ausführungen, daß seine Leute schon zum erstenmal alarmiert wurden, als unsere SA.-Leute nichts ahnend, in der Falkenstraße nach Hause gingen. Die gleiche Alarmmeldung lief bei dem sich in einem anderen Zimmer befindlichen technischen Leiter des Arbeiter-Samariter-Bundes ein, der daraufhin die Polizei alarmierte. Der sofort eintreffende Ueberfallwagen fand vor dem Arbeiter-Samariter-Heim eine ihm unbekannte Menschenmenge — bekanntlich wußte die Polizei nichts von der SAP.-Versammlung — und glaubte aus diesem Grunde alarmiert zu sein. Die Beamten gingen mit Gummiknüppeln vor und trieben die hier noch völlig unschuldigen SAP.-Leute mit Gummiknüppeln in das Haus. Diese Tatsache wird von den verschiedensten Zeugen bestätigt. Der hierbei entstehende Lärm veranlaßte unsere Leute aus der Ellhornstraße durch den Wandrahm zu gehen. Da ja auch die SA. von der Versammlung nichts wußte, also annehmen mußte, daß es sich um einen Ueberfall auf SA.-Leute handelt. Schon im Wandrahm erfolgte dann, wie gestern durch Zeugen eindeutig festgestellt wurde, ein brutaler Ueberfall auf 2—4 SA.-Leute durch ankommende Reichsbannerstreifen und erst im Verlauf dieses Ueberfalls griff dann die zum zweitenmal aus dem Haus stürmende SAP. die SA. gleichfalls an, nachdem der Polizeiwagen wieder abgefahren war.

Durch diese Feststellung ist erstens das Vorgehen unserer SA. durch den Wandrahm nunmehr völlig verständlich geworden und wir glauben sicher, daß das Gericht die Motivierung anerkennen wird. Zum anderen aber und auch das muß festgestellt werden, scheint uns jetzt die Polizei, wenn auch unbeabsichtigt an den Zusammenstößen, nicht ganz unschuldig zu sein. Es entzieht sich unserer Beurteilung, ob es zweckmäßig war, die auf der Straße herumlungernden SAP.-Leute in das Haus zurückzudrängen und sie dann unbeaufsichtigt zu lassen. Die hierdurch geschaffene Erregung bei den SAP.-Leuten haben unsere Braunhemden mit Blut bezahlen müssen. Des weiteren glauben wir, daß der Polizeibericht und auch die ersten Aussagen der Beamten bis auf einen sich von dem Bestreben haben leiten lassen, ihr erstes Vorgehen vor dem SAP.-Heim damit zu begründen, daß SA.-Leute bereits hier mit Gegnern im Streite lagen. Der Zeuge Polizeiwachtmeister Winkel bekundet demgegenüber, daß er bei diesem ersten Zusammenstoß keinen einzigen Nationalsozialisten gesehen hat. Auch diese Feststellung paßt durchaus zu dem Bild, was wir nun gewonnen haben, und es bleibt abzuwarten, wie weit diese Tatsachen die Urteilsbildung beeinflussen werden.

Zum Schlusse sei mit Bedauern festgestellt, daß der Jude Dr. Rosenfeld sich gestern so ins Vorhorn hat jagen lassen, daß er für einige Tage das Weite gesucht hat und erst zum Plädoyer zurückkommen will. Ob die Urteilsverkündung noch in dieser Woche erfolgt, erscheint uns durchaus zweifelhaft.

—art.

Der 4. Verhandlungstag

SAP-Führer Stockhinger sagt aus

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 10,15 Uhr. Die Verhandlung drehte sich zunächst um die Karabinerhaken. Am 9. November wurden drei Karabinerhaken Mitgliedern der SS. abgenommen, diese, sonst Teile von Gebrauchsgegenständen, seien dann natürlich Waffen, wenn sie als Waffen gebraucht würden, teilt der Oberstaatsanwalt mit. Rechtsanwalt von Seelen widerspricht dem Oberstaatsanwalt dahin, daß die auf dem Richtertisch liegenden Karabinerhaken, die bei der SA. üblichen seien. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß weitere Zeugen vernommen werden sollen, unter ihnen Franz Starker und Emil Theilen. Ferner machte der Vorsitzende ein Schreiben bekannt, das ein Gespräch in einem Zigarrenladen zum Inhalt hatte. **Ein älterer Mann hat erzählt, daß er mit seiner Frau in der Bornstraße vom Fenster aus einen Mann im Covercoat mit blutender Kopfwunde gesehen, der ein Messer abwischte.**

Als erster Zeuge wird Karl Stockinger, der Redner auf der Gründungsfeier des Schutzbundes der SAP. vernommen. Es sei unmöglich, heute eine politische Versammlung ohne Schutz abzuhalten, deshalb habe auch die SAP. einen Schutzverband gründen wollen. **Auf das Gerücht, die SA. halte die Bahnübergänge besetzt, habe er gesagt:** „Seid ruhig Genossen" er habe sich mit Drees in Verbindung gesetzt, der ihm gesagt habe, **es sei alles nicht wahr (?)** Er selbst habe auch nicht an Putschabsichten der NSDAP. geglaubt, die er zu dieser Zeit für eine Dummheit gehalten hätte! (Ach nee!) Stockhinger betont immer wieder, daß er versucht habe, beruhigend auf seine Leute zu wirken. Er sei auf die Straße gegangen, um festzustellen, ob seine Genossen hätten nach Hause gehen können. **In der Bornstraße sei alles ruhig gewesen,** in der Falkenstraße habe er das Ueberfallkommando getroffen. Bei der Rückkunft ins Haus, **fand er alles ziemlich unruhig vor,** Verletzte seien später ins Haus gebracht worden.

Lügen um Dr. Goebbels

Auf Befragen Dr. Rosenfelds macht Stockhinger Mitteilung, daß vor dem 9. November eine „gewisse" Erregung in der Bevölkerung geherrscht habe. Der Zeuge glaubt, daß diese Erregung durch die, wie er sich ausdrückt, Hetze der WTB. entstanden sei!! Dr. Rosenfeld erlaubt sich dann über Pg. Dr. Goebbels Bemerkungen und fragt den Zeugen, ob nicht Dr. Goebbels der SA. Vorwürfe gemacht habe, daß sie sich aus der Versammlung der Friedensgesellschaft hätten rauswerfen lassen.

Zeuge: Ja, ich hörte, daß Goebbels nach der Versammlung in Bremen der SA. befohlen habe, niemals mehr unorganisiert in Versammlungen zu gehen.

(Der Ton macht auch hier die Musik, wenn Pg. Dr. Goebbels tatsächlich so etwas gesagt hat, uns aber nicht bekannt ist und was nicht als wahr unterstellt werden kann, dann wird er vielleicht getadelt haben, daß einzelne Kameraden sich unklug in der Versammlung der „Friedenstauben" benommen haben. Es gibt in der SA. sonst keinen Willen einzelner, sondern nur den Willen der Führer, das kann natürlich ein Dr. Rosenfeld nicht wissen). Im übrigen ist die Sache nicht wahr, den Dr. Freisler fragt: **„Wissen Sie nicht, daß Dr. Goebbels sofort nach der Versammlung abgefahren ist?**

Zeuge: Nein.

Der Zeuge sagt dann aus, daß er mit festgenommen wurde und auf der Polizei **„menschenunwürdig"!** behandelt worden ist. Er sei ins Untersuchungsgefängnis gekommen und auf Grund seiner Haftbeschwerde entlassen. Stockhinger macht dann Ausführungen über die Behandlung der Leute der SAP. im Lindenhof, sie hätten keine Sitzgelegenheit gehabt — die Armen — dergl. mehr. (Wo sollte die Polizei für die vielen Verhafteten Sitzgelegenheit herbekommen, die noch dazu getrennt „aufbewahrt" werden mußten.) Dr. Freisler macht gegen die **Verteidigung des Zeugen St. geltend, der Verdacht der Beteiligung am Raufhändel bleibe bestehen, er sei möglicherweise ein zweitesmal auf die Straße gegangen und habe dies durch seine Aussage verdecken wollen.**

Das Gericht verkündete dann den Beschluß, den Zeugen Stockhinger zu beeiden. Das Gericht habe keinen Anlaß, zu bezweifeln, daß der erste Vorfall gar nicht zur Anklage steht, nur daß im übrigen die Vorgänge sich so abgespielt haben, wie sie geschildert sind.

Der Zeuge Justus Trint ist als einer der ersten vom Casino fortgegangen, er schloß dann das Parteibüro in der Pelzerstraße auf und wollte dann nach Hause gehen. Bei der Ortskrankenkasse habe er **10 bis 12 Leute in Windjacken** gesehen, die auf und abgingen, eine größere Anzahl, 30 bis 40, sah er bei der Feuerwehr. Er ist dann in die Ellhornstraße eingebogen und stieß auf die Eheleute Clausen und Bohlenz, denen er Mitteilung von seinen Wahrnehmungen machte. Später traf er 15 bis 20 Mann SA., **die langsam nach der Bornstr. zu gingen.** Bis zur Ecke Ellhornstr.—Wandrahm ist der Zeuge mit den Kameraden gegangen, von der Schlägerei selbst hat er nichts gesehen, wohl aber sah er, daß die Straßen schwarz von Menschen waren. Der Zeuge ist dann Wandrahm—Kl. Helle nach seiner Wohnung, Bürgerstieg, gegangen.

Der Vorsitzende hält diesem Zeugen seine anderslautenden protokollarischen Aussagen vor, der Oberstaatsanwalt stellt fest, daß der Zeuge sich in seinen Aussagen auffallend zurückhält und beantragt seine Vereidigung. Auf die Frage Dr. K. Müller: Haben Sie an der Ecke Bornstraße an einer Schlägerei teilgenommen?", verweigert der Zeuge, nachdem er auf das Recht dazu aufmerksam gemacht ist, seine Aussage.

Dr. Freisler: **Ich halte es notwendig, festzustellen, daß die meisten SA.-Zeugen glauben, sie brauchten einem jüdischen Anwalt nicht antworten, und deshalb die Antwort verweigern. Die Frage kam von derselben Seite.**

Nach dieser Belehrung antwortete der Zeuge auf die Fragen, ob er an den Schlägereien teilgenommen habe, mit: „Nein". Der Oberstaatsanwalt beantragt nach einer Pause, diesen Zeugen unbeeidigt zu lassen, da er sich möglicherweise der Begünstigung schuldig gemacht habe. Das Gericht beschließt demgemäß.

Der Zeuge von Hantrupp, der Fahrer des Streifenwagens, der um 10 Uhr durch die Gegend fuhr, ist an der Schlägerei vorbeigefahren, nachdem seine Kameraden abgestiegen waren. Das Intermezzo in der Bornstraße, die 1. Schlägerei, hat der Zeuge nicht als Schlägerei empfunden. Er fuhr dann durch die Falkenstraße wieder zur Bornstraße und kam zur 2. Schlägerei, die schon ziemlich beendet war. Diesmal stieg er ab und stellte fest, daß Zivilisten, Reichsbanner und SA.-Leute unter der Menge waren. Sie fuhren dann zum Volkshaus, aus dem **60 Reichsbannerleute in Windjacken** herauskamen, was von allen Beamten, die auf dem Streifenwagen saßen, bestätigt wird.

Ich antworte keinem Juden

Der Zeuge Pg. Pricken, SA.-Mann, ist vom Parteibüro Rembertistraße nach der Düsternstraße gegangen. Ecke Falkenstr.—Bornstr. erhielt er von einem Reichsbannermann einen Faustschlag unter das Kinn. Durch die Falkenstraße kam er nicht, es war zu voll. Er bog in die Bornstr. und ging bis zur Ortskrankenkasse. Dort sah er Reichsbannerleute, die größtenteils einen Knüppel mit einem Band über den Arm gehängt hatten. Er lief dann zurück bis zum Haus der Beamtenbank. Auf dem Rückweg hörte er vom Wall her einen Schuß. Jetzt sah er vor der Ortskrankenkasse Sturmbannführer Clausen, der von Reichsbannerleuten stark bedrängt wurde. Am Wall hat der Zeuge dann viele Reichsbannerleute gesehen. **Im Casino habe er von einem Polizeibeamten gehört, daß dicke Luft sei, weil das Reichsbanner Alarm habe.**

Ueber die Goebbels-Versammlung weiß der Zeuge, daß Dr. Goebbels gleich nach der Versammlung fortgefahren ist.

Rosenfeld möchte an diesen Zeugen Fragen stellen, der Zeuge verweigert die Antwort und sagt:

„Ich bin ein Deutscher und antworte keinem Juden."

Der Vorsitzende belehrt den Zeugen darüber, daß er im Gerichtssaal auch einem jüdischen Rechtsanwalt antworten müsse. Darauf erhält Rosenfeld die gewünschten Antworten, kann aber nicht erreichen, daß der Zeuge in seiner Aussage wankend wird.

Der Oberstaatsanwalt widerspricht der Beeidigung dieses Zeugen, der an der Peripherie der Ereignisse sich aufgehalten habe und möglicherweise auch daran teilgenommen haben könne.

Dr. Rosenfeld schließt sich dem an, die Widersprüche in dieser Aussage konnten mit rotem Terror nicht erklärt werden.

Dr. Freisler beantragte Beeidigung des Zeugen und fährt fort, daß er den roten Terror darin sähe, **daß schon Mitglieder der NSDAP. wegen ihrer Aussage in diesem Prozeß wirtschaftlich vernichtet sind.** Auffällige Widersprüche in der Aussage dieses Zeugen habe er nicht gefunden. Weil jemand an der Peripherie der Ereignisse sich aufgehalten habe, deshalb könne man doch nicht behaupten, daß jemand, der beobachtet habe, Mittäter sei. Daß der Zeuge den verletzten Masselmann vor dem Hause gesehen hat, beweise doch nicht, daß er ihn geschlagen habe.

Das Gericht vereidigt diesen Zeugen nach kurzer Beratung.

In der Nachmittagssitzung

wurde zunächst der Zeuge Lübben, der vor seiner Aussage vereidigt wird, vernommen. Rechtsanwalt von Seelen bittet den Vorsitzenden, den Zeugen zu fragen, ob er nicht heute morgen geäußert hat, aus Furcht, von der Volkszeitung angegriffen zu werden, sich in seinen Aussagen zurückhalten zu wollen. Der Vorsitzende macht den Zeugen nochmals darauf aufmerksam, unter allen Umständen die Wahrheit zu sagen. Der Zeuge hat Ecke Contrescarpe—Ellhornstraße einen Trupp Reichsbannerleute getroffen. In der Bornstraße sah er einen weiteren Trupp Leute mit Windjacken. (Die Aussagen dieses Zeugen sind am Pressetisch zum großen Teil unverständlich.) Vom Wandrahm her habe er zwei Nationalsozialisten kommen sehen, ebenso habe er mehrere in der Falkenstraße bemerkt. **Zwei Nationalsozialisten gingen in ruhigem Schritt der Bornstraße zu, 50—60 Leute mit Windjacken umringten sie und eine Schlägerei entwickelte sich.** (50 auf 2 Leute, welch trauriger Mut.)

Er habe es als traurig empfunden, daß sich Deutsche gegen Deutsche wenden und habe dem Reichsbanner gesagt, sie sollten doch die Leute in Ruhe lassen, das seien ebensogut Deutsche wie sie. Das Reichsbanner habe erwidert, sie seien angegriffen worden. (!?)

Es sei dann ein dritter Nationalsozialist dazu gekommen. Sie hätten sich an der rechten Seite der Bornstraße aufgestellt und standen Mann gegen Mann dem Reichsbanner gegenüber. **Daß die Nationalsozialisten mit Schulterriemen geschlagen haben, hat der Zeuge nicht gesehen.** Vom Eingang eines Geschäftes aus hat der Zeuge den am weitesten rechts Stehenden beobachtet.

Dessen Nebenmann, Decker, habe sich mit der Hand ans Herz gegriffen und sei vornüber gefallen. Ein Kamerad fing ihn auf und legte ihn aufs Pflaster. Den Schlag, der Decker zu Boden streckte, hat der Zeuge nicht gesehen. Nach der Ermordung Deckers sind noch ungefähr 20 Nationalsozialisten dazu gekommen. Von der Polizei hat der Zeuge erst etwas gesehen, als der große Streifenwagen kam.

Oberstaatsanwalt: Wo wurde der Ruf geäußert: Jetzt kommen sie?

Zeuge: Als von der Bornstr. her ein scharfer Pfiff ertönte, haben von der Feuerwache aus sich 20 Reichsbannerleute in Bewegung gesetzt, die laufend eine andere Gruppe Reichsbannerleute erreichten, zusammen waren es jetzt 50 bis 60 Mann.

Freisler: Halten Sie es für möglich, daß der Stich von einem Nationalsozialisten ausgeführt sein könnte?

Zeuge: **Das ist völlig ausgeschlossen. Ein Mann von den Reichsbannerleuten entfernte sich, ich nehme heute an, daß das der Täter war.**

Oberstaatsanwalt: Hatte jeder der drei Nationalsozialisten einen Gegner?

Zeuge: Ja. Als Decker fiel, trat dann eine Starre ein, wohl, weil auch die Gegner erschrocken waren, daß ein Mann fiel.

Freisler: War die Schlägerei, die sich dann entwickelte, von dieser getrennt, oder eine Fortsetzung der ersteren?

Zeuge: Nachdem die Nationalsozialisten Verstärkung hatten, gingen sie vor. Aus Erregung gingen die Nationalsozialisten los, die anderen wehrten sich.

Freisler: Haben Sie gesehen, von welcher

Seite der erste Schlag fiel, nachdem Decker gefallen war?

Zeuge: Nein. Sie gingen blindwütig aufeinander los.

Vors.: Wie groß war die gesamte Menge, nachdem die Nationalsozialisten Verstärkung erhalten hatten?

Zeuge: In meinem Blickfeld mögen 150 bis 160 Personen gewesen sein, davon waren 25 bis 30 Nationalsozialisten.

Freisler: Bezeichnen Sie die Braunhemden, die die NSDAP. trägt, auch als Windjacken?

Zeuge: Nein, die Windjacken werden doch über der Hose getragen.

Oberstaatsanwalt: Wie lange dauerte die Schreckstarre?

Zeuge: Eine halbe bis eine Minute.

Eine einheitliche Schlägerei

Mit der Staatsanwaltschaft ist Dr. Freisler der Meinung, daß es sich um eine einheitliche Schlägerei handelt.

Der Zeuge Pg. Lahmann, SA., wohnt im Westen und ist am 9. November mit anderen Kameraden zur Falkenstraße gegangen. Daß etwas nicht ganz geheuer war, wußte er. Mit ungefähr 10 Mann ist er in die Kleine Helle eingebogen; an der Contrescarpe sahen sie Leute, die tuschelten. Sie hätten sie als Gegner erkannt. (Der Zeuge spricht sehr leise und ist schlecht zu verstehen.) Er hat Decker fallen sehen und auch bemerkt, daß er aus Nase und Mund stark blutete. Als Decker lag, sei eine Kampfpause von ungefähr einer halben Minute eingetreten. Der Zeuge hat Decker mit ins Haus getragen und sich später nicht mehr beteiligt. **Gesehen hat der Zeuge aber, daß die Gegner alle etwas in der Hand gehalten hätten. Es seien durchweg blanke Gegenstände, die SA. sei dagegen ohne Waffen gewesen.**

Der Zeuge wird vereidigt.

Ein Zwischenfall zwischen Dr. Freisler und Dr. Rosenfeld gab Anlaß zu allseitiger Heiterkeit auf Kosten des Juden Rosenfeld. Dr. Freisler gab bekannt, daß morgen ein Zeuge der SAP. vernommen werden soll, der gesagt hat: **Jetzt kommt die Bombe, wir beweisen, daß die SA. Decker selbst erstochen hat.** Dr. Rosenfeld bezeichnet das als Weihnachtsmärchen. Schlagfertig fragt Dr. Freisler: **Ich möchte fragen, was Dr. Rosenfeld von Weihnachtsmärchen weiß?**

Der Zeuge de Beek, SAP., hat an der Gründungsversammlung des Schutzbundes teilgenommen. Leute, die heruntergegangen waren, kamen wieder herauf, sie mußten da bleiben, die Nazis kämen. Vor dem Saaleingang hat der Zeuge mehrere umgeworfene Stühle gesehen.

Das Gericht führt über die Beeidigung dieses Zeugen einen Gerichtsbeschluß herbei, nach dem der Zeuge **nicht** vereidigt wird.

Der Zeuge Bauer, SAP., ist gleichfalls in der Versammlung in der Bornstraße gewesen, will gleichfalls gesehen haben, daß die Nationalsozialisten die SAP.-Mitglieder schlugen. Das Ueberfallkommando habe seine Parteigenossen wieder ins Haus gedrängt. Das schöne Märchen von der Besetzung der Stadteingänge durch die Nationalsozialisten hat der jugendliche Zeuge auch gehört.

Zur Frage der Beeidigung dieses Zeugen entspinnt sich wiederum ein Disput zwischen Dr. Rosenfeld und Dr. Freisler.

Dr. Rosenfeld beantragt die Beeidigung und hält nach viertägiger Verhandlung die von ihm vertretenen Angeklagten für unschuldig, wenn die Staatsanwaltschaft vor der Verhandlung auch annehmen durfte, daß die Angeklagten an der Schlägerei beteiligt seien.

Dr. Freisler: Wenn für die Staatsanwaltschaft Grund vorlag, Anklage zu erheben, so liegt heute derselbe Grund vor, den Zeugen nicht zu vereidigen.

Nach kurzer Beratung lehnt das Gericht die Vereidigung auch dieses Zeugen ab.

Der Zeuge Weber, parteilos, hat am Schluß der Gründungsversammlung des Schutzbundes einen Teil des Referates gehört. Als er nach Hause gehen wollte, habe er an der Ecke Wandrahm—Bornstraße Reichsbannerleute stehen sehen, später in der Ellhornstraße sah er Leute der NSDAP. Auch den Wagen des Ueberfallkommandos hat der Zeuge gesehen, ebenso, daß vom Wagen aus auf sie eingeschlagen wurde. Im Gegensatz zur Polizei hielt Weber die Straßen nicht für überfüllt. An der Mündung des Wandrahm in die Bornstraße sah er Decker liegen.

Aus dem Hause hat Weber ein Mitglied der SAP. mit einem Stuhlbein und ein anderes mit einem Kleiderbügel herauskommen sehen. Er selbst habe nicht geschlagen.

Ein Zusammenstoß mit Rosenfeld

Zur Frage der Beeidigung macht Dr. Rosenfeld einen Ausfall gegen das Gericht. Der Vorsitzende habe angeblich, bevor die Verteidigung gehört sei, mit seinen Mitrichtern sich über die Beeidigung beraten, das **sei unzulässig.** Er wisse nicht, ob es überhaupt Zweck habe, eine Beeidigung eines Zeugen des Schutzbundes zu beantragen, nur weil es mit auf die Straße gelaufen ist. Er beantragte trotzdem die Vereidigung, da er als Verteidiger dafür zu sorgen habe, daß **nach dem Gesetz verfahren wird.** (Ausgerechnet Rosenfeld!)

Vors.: Es ist zwar unrichtig, ich lege aber keinen Wert darauf, Sie zu berichtigen.

Oberstaatsanwalt: **Es ist in diesem Fall unrichtig, dem Gericht den Vorwurf der ungesetzlichen Prozeßführung zu machen.**

Dr. Rosenfeld redet darauf, ohne das Wort erhalten zu haben, fordert dann aber das Wort für sich.

Vors.: Ich gebe Ihnen das Wort nicht, ich werde aber das Gericht über ihren Antrag befragen.

Der Vorsitzende verkündet nach kurzer Beratung den Beschluß, den Zeugen nicht zu **vereidigen und teilt mit, daß das Gericht die Prozeßführung des Vorsitzenden billigt.**

Der nächste Zeuge, H. Meier, SAP., hat gleichfalls an der Versammlung teilgenommen. M. ist zwischendurch nach Haus gegangen, um sein spätes Nachhausekommen anzukündigen. Er gibt dann die übliche SAP.-Schilderung von der Schlägerei, die er im Protokoll anders geschildert hat, als er es heute tut. Er bleibt dann bei der Darstellung des Protokolls, nach der Reichsbannerleute geschlagen hätten. Auch bei diesem Zeugen zieht sich das Gericht zur Beschlußfassung über die Vereidigung zurück und verkündet den Beschluß, den Zeugen **unvereidigt zu lassen.**

Der Zeuge Fritz Meier, SAP., erzählt ein schönes Märchen von einem Nationalsozialisten **mit einem Gewehr, Kal. 94 oder 98, auf der Schulter.** Als er dem Vorsitzenden SAP. das mitteilte, **hätten sie das Haus schützen lassen durch Wachen, die sich Stühle mit nach unten nahmen, um sich darauf zu setzen.** (?) Er hat dann auch beim Sitzen auf der Straße "Faschisten mit gelben Hosen" gesehen. Nationalsozialisten und Polizei **hätten die Leute ins Haus geschlagen.**

Zur Frage der Vereidigung dieses Zeugen beantragt der Oberstaatsanwalt die Beeidigung.

Das Gericht verkündet: „Der Zeuge wird vereidigt." Ueber die Tür im Hause der Beamtenbank entspinnt sich eine längere Debatte. Dr. Freisler bezweifelt, daß es möglich ist, einen Menschen zu sehen, der an der Mauer steht, wenn man sich im Innern des Hauses befindet. Auf nochmaliges Befragen Dr. Freislers, ob der Zeuge doch auf der Straße war, antwortet der Zeuge: „Nein". Dann leistet der Zeuge den Eid.

Der Zeuge Alfred Schmidt, vom Arbeiter-Samariter-Bund schätzt die Zahl der Stühle, die vermißt wurden, mit zwei sehr niedrig ein.

Der Zeuge Dierks, SAP., hat von Putschabsichten der NSDAP. gehört. Er hat die Pfeifensignale von der Bornstraße gehört, sie machten darauf die Sturmriemen herunter und das Koppel los, um ihren Kameraden zu Hilfe zu kommen. **Den eben vereidigten Zeugen hat er nicht in der Tür stehen gesehen.** Der Zeuge wurde vereidigt.

Die Verhandlung wird nach Vernehmung dieses Zeugen auf Freitag, 9 Uhr, vertagt.

Verband deutscher Viehhändler

Gau Weser-Ems, Sitz Oldenburg

Der deutsche Bauer ist der schaffende Mensch, der dem Volke Brot und Fleisch verschafft. 63 Millionen deutsche Konsumenten verzehren die Erzeugnisse. Man hat noch nie einen Juden hinter dem Pflug gesehen, auch nicht als Bauer, der die Schweine oder Ochsen mästet, nein, diese Arbeit mit dem damit verbundenen Risiko liegt restlos in der Hand des deutschblütigen Bauern.

Aber sobald es etwas zum Handeln gibt, sei es Korn, fette Ochsen oder auch fette Schweine, Zucht- und auch Nutzvieh, so ist sofort der ewig raffende jüdische Händler da.

Durch die Inflationszeit und folgende hohe Zinswucherzeit ist das deutsche Volk bettelarm gemacht worden. Alljuda riß den Viehhandel nun mehr fast restlos an sich. Sämtliche Märkte stehen unter jüdischem Einfluß; es ist keinem deutschen Bauern und Händler überhaupt möglich, auf den sog. Viehmärkten Tiere vollwertig zu verkaufen. Hebräisch und Jiddisch beherrschen die Sprache wie in der Synagoge. Wenn der Jude (3 Prozent der Einwohnerzahl) Feiertag hat, dann wird der Markt in Deutschland umgesetzt: Haben wir Deutsche (97 Prozent der Einwohnerschaft) Festtag, dann findet der Markt trotz Festtag statt. Alljuda herrscht!

Es war somit zum Schaden der deutschen Landwirtschaft, zum Schaden des deutschen Viehhandels, zum Schaden der deutschen Nation, Juda auf diesem Gebiet fast Alleinherrscher geworden.

Nachdem im Volke diese jüdische Tätigkeit immer mehr erkannt und auch die Landwirtschaft immer mehr nach Aenderung drängte (siehe Landtagswahl- und auch Landwirtschaftskammerwahl-Ergebnis!), fanden sich am Sonntag, dem 13. Dezember, nachmittags, in Oldenburg in der Astoria, auf Einladung verschiedener Interessenten etwa 100 deutsche Viehhändler zusammen und beschlossen dort, den **Verband deutscher Viehhändler, Gau Weser-Ems, Sitz Oldenburg,** zu gründen.

Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, **der sich nur aus Nationalsozialisten zusammensetzt.** Und zwar Vorsitzender ist Heinrich Lampe-Wüsting i. O., zweiter Vorsitzender Herm. Grünfeld aus Hude i. O., Kassierer und Schriftführer Heino Sander in Morrhausen b. Hude i. O.

Ferner wurde dann für jedes Amt (preuß. Kreis) ein Bezirksvorstand gewählt, dem als Aufgabe in erster Linie die Werbung neuer Mitglieder übertragen wurde. Es wurde die Organisation für den Freistaat Oldenburg sowie Ostfriesland, fast lückenlos fertig gemacht, auch Bremen erklärte den Beitritt. Sämtliche Bezirksvorstandsmitglieder sind ebenfalls Nationalsozialisten, so daß die gesamte Leitung in den Händen der NSDAP.-Mitglieder ist. Sämtliche anwesende Viehhändler, von denen ein Teil Deutschnationale sind, erklärten ihren Beitritt und versprachen, durch aktive Mitarbeit den Verband schnellstens zu verstärken.

Die weitere Aufgabe des Vorstandes ist: 1. Durchorganisierung der Aufkaufgebiete im Gau Weser-Ems; 2. Aehnliche Organisationen in sämtlichen Gauen, sei es als Aufkauf- oder als Absatz-Gebiet zu schaffen.

Es ist nicht beabsichtigt, Ein- und Verkaufsgenossenschaften zu gründen, sondern dem Viehhandel soll das Geschäft als freies Gewerbe erhalten bleiben.

Pleitegeier bei den Bananen

Die Hintergründe der Beurlaubung Hörsings — Unstimmigkeiten mit dem Zentrum — Wirtschaftliche Schwierigkeiten infolge Ausbleibens der Warenhaus-Gelder

Wie es scheint, ist beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nicht alles so beschaffen, wie es seine hohen Gönner wünschen. Reichsbannergeneral Hörsing hat einen „Erholungsurlaub" — wie man hört, in die Schweiz — angetreten und die Geschäftsstelle des vortrefflichen Pappelms soll noch vor Schluß des Jahres nach Berlin verlegt werden. Nun, dann kann es ja nicht mehr fehlen. Dann ist die schwarz-rot-goldene Garde unmittelbar unter den Augen der hohen Aufsichtspersonen und dann wird sie mit der Zeit ja wohl auch so umorganisiert werden können, daß ihre Verwendung nach längst gehegten Plänen — Schupo heißt noch nicht Schupo — keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr begegnet.

Ueberaus interessant sind die Hintergründe der Beurlaubung Otto's des Gewaltigen. Daß zwischen ihm und seinem jetzigen Nachfolger Höltermann schon seit langem Differenzen bestanden, war in eingeweihten Kreisen bekannt. Auch über die Gegensätze zu den im Reichsbanner vertretenen **Zentrumskreisen** berichteten wir öfters. Die plumpe, allzuehr an's kommunistische erinnernde Kampfesweise Otto's behagte den feineren Zentrumsherren nicht, und in internen Reichsbannersitzungen, so letztbin in Magdeburg, wurde von Zentrumsvertretern ein **weniger proletarischer Anstrich des Reichsbanners gefordert.** Auch die am Reichsbanner interessierten Kreise des Finanzkapitals und der **Berliner Großwarenhäuser** machten ihre finanziellen Zuwendungen, die in letzter Zeit sehr beträchtlich waren — die Schufo-Ausrüstung war nicht billig! — von einer **„mehr bürgerlicheren Kampfesweise" abhängig.** Es kam deshalb zu schweren **Konflikten mit Hörsing,** der nun als mehr proletarischer Vertreter in die Wüste geschickt wurde, wenn natürlich auch z. B. die **Dementier-Maschine ausgezeichnet funktioniert.**

Verstärkt wurden diese Gegensätze durch die immer dünner fließenden Subventionen der Großbanken und jüdischen Warenhäuser an das Reichsbanner, weil man hier einsah, daß bei der Schwerfälligkeit der Hörsinger Garde die Millionen sinnlos verpulvert waren.

Nationalsozialistisches Volksbegehren in Oldenburg

Oldenburg, 17. Dez. Die Gauleitung Weser-Ems der NSDAP. erläßt folgende Erklärung:

„Da die Kommunisten das Volksbegehren auf Landtagsauflösung, dem wir bekanntlich unsere Unterstützung geben wollten, bis zum 6. Januar nächsten Jahres verschoben haben, führen wir jetzt ein eigenes Volksbegehren durch. Wir haben kein Interesse daran, auf die Kommunisten zu warten, da die Kommunisten mit dem Volksbegehren im Januar wahrscheinlich eine große Propaganda verbinden. Mögen sie diese Aktion ohne die Parole „Volksbegehren" durchführen. Wir brauchen das Versammlungsverbot bis zum 3. Januar nicht zu scheuen und sind der Ueberzeugung, daß die 20 000 Unterschriften ohne diese Propaganda zusammenkommen. Uns kann in unserem Kampfe kein behördlich verordneter „Weihnachtsfrieden" hemmen. Die Vorarbeiten für das Volksbegehren sind schon restlos durchgeführt, so daß am Sonnabend, dem 19. Dezember, auf allen Gemeindebüros die Einzeichnung beginnen kann. Die Lage des Freistaates Oldenburg verlangt eine baldmöglichste Aenderung in der staatlichen Zusammensetzung. Wenn sich die Notverordnungen, einschließlich der „Letzten", erst voll auswirken, wird die Bevölkerung des Freistaates Oldenburg vor die Frage gestellt sein, wie erhalten wir die Selbständigkeit unseres Landes. In diesem Augenblick muß eine politische Regierung die Geschicke unseres Landes leiten, die sich auf den Willen der gesamten nationalen Bevölkerung stützen kann."

Aus aller Welt

Ostseebad Cranz verwüstet
Acht Mann verschollen

Königsberg, 16. Dez. Der Orkan, der in Nacht zum Mittwoch über Ostpreußen hinbrauste, hat an der Küste schwere Verwüstungen verursacht. Ganz besonders schwer ist das Ostseebad Cranz betroffen worden. Dort schätzt man den in dieser Nacht entstandenen Schaden auf eine halbe Million Mark. Die Uferpromenade und das Strandbad ist von den Wellen zerstört worden. Die stürmische See ist weit ins Land gedrungen. Die Chausseen sind mit gefällten Bäumen übersät; in den Häusern sind fast sämtliche Fenster zersplittert. Seit 1913 ist Cranz von einem solchen Sturm nicht heimgesucht worden. Die Villenkolonie Westende ist fast völlig abgedeckt worden. In Neukuhren, dem großen ostpreußischen Fischereihafen, sind mehrere Fischereikutter vernichtet.

Bei Neukrug ist ein Dreimastschoner im Sturm gekentert. Die Mannschaft, vermutlich acht Mann, ist aller Wahrscheinlichkeit nach ertrunken. Das Wrack wurde auf den Strand geworfen.

In Pillau ist durch den Sturm u. a. die Molenbahn im Hafen zerstört worden. Die See hat den Strand überspült und steht in den Dünen. Der ganze Strand ist mit Brettern und Balken besät.

Berlin, 17. Dez. Am Donnerstagvormittag setzte in Berlin ein starker Schneefall ein, der bald zum Schneetreiben überging. Zum ersten Male in diesem Jahre blieb der Schnee in stärkerem Maße auf der Straße liegen, so daß die Reichshauptstadt **ein winterliches Aussehen bekam.**

Nachtsitzung der Hamburger Bürgerschaft
Mehrheit für Aufhebung der Notverordnung und des Uniformverbotes

Hamburg, 17. Dez. Nach einer sehr stürmischen Aussprache lehnte am Mittwoch abend die Bürgerschaft einen von den Nationalsoz. eingereichten Gesetzentwurf auf Gewährung des Rechtes der freien Meinungsäußerung mit 99 zu 48 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab. Für den Gesetzentwurf stimmten neben dem Antragsteller nur die Deutschnationalen. Eine sehr lebhafte Aussprache entwickelte sich auch über den Antrag der Kommunisten auf Aufhebung aller Notverordnungen. Es kam dabei zu sehr scharfen Zusammenstößen zwischen den Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, die zahlreiche Ordnungsrufe zur Folge hatten. Nach stundenlanger Aussprache folgte in der zweiten Morgenstunde des Donnerstag die Abstimmung. Der Antrag der Kommunisten, wonach der Senat bei der Reichsregierung auf Aufhebung der Notverordnungen dringen soll, wird in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 66 Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der Uniformverbote wird mit 76 gegen 65 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Das Ergebnis wird auf der Rechten mit lebhaften Bravorufen begrüßt. Das Haus vertagt sich dann bis nach Weihnachten.

— — — und zum Fest ein Schuh von Hess

die hochwertige Qualitätsmarke

12.50 14.50 16.50

Alleinverkauf:

Schuhhaus Wachendorf

Ostertorsteinweg 49 beim Schauspielhaus

Filiale: Obernstraße 22-24

Laut Notverordnung 10 Prozent Preisermäßigung

Zu Weihnachten Geschenk-Kasetten Parfüm-Seife Lichte, Kugeln

Medizinal-Drogerie Heinz Thiermann

BREMEN

Spitzenkiel 11-12

(Ecke Ansgaritor)

Ia Jamaika-Rum Verschnitt

	1/1 Fl.	1/2 Fl.
38 Proz. Spezial . .	2.90	1.50
45 „ „ . .	3.60	1.90
50 „ „ . .	4.—	2.10
55 „ von R. u. U.	4.75	2.50
60 „ Spezial . .	5.40	2.80

Flensburger Rums von Balle, Hansen & Pott

	1/1 Fl.
Ia Klarer	2.—
Ia Goldbrand	2.20
Ia Verdener	2.30
Ia weißer Kornbranntwein	2.30

Deutscher Weinbrand-Verschnitt, Hausmarke 2.70

Hausmarke, alter deutscher Weinbrand 3.50

Reidemeister & Ulrichs Weinbr.	3.60
Jacobi Weinbrand .	3.80
Scharlachberg „ .	4.—
Winkelhausen „ .	4.—

Größte Auswahl in Qualitätsweinen u. Spirituosen am Platze

Niedrigste Preise!

Friedr. Burhenne

nur Obernstraße 86 D. 24466

Wir schicken alles sofort!

! Nur 4 Tage!

Greta Garbo

in dem Metro-Goldwyn-Mayer-Großfilm

Wilde Orchideen

(Liebesnächte in Java)

mit Levis Stone u. Nils Asther

Inmitten exotischer Pracht sehen wir die vergötterste und schönste Frau der weißen Leinwand im Rahmen einer dramatischen Liebeshandlung m. ebenbürtigen Partn.

Außerdem die 100%ige Tonfilm-Posse

Lumpenball

mit Harry Frank, Fritz Kampers, Carl de Vogt u. a. m.

Fox tönende Wochenschau und das erstklassige Beiprogramm.

Beginn vorm. 11 Uhr; bis 5 Uhr kleine Preise

„ Tonfilm-Kammerspiele „

im Victoria-Theater, Sögestr. 46

Amtliche Bekanntmachungen

Die abhanden gekommene, am 8. 8. 1931 ausgestellte Zulassungsbescheinigung für den Personenkraftwagen mit dem Kennzeichen IA 11 559, Eigentum des Otto Siebert, Bremen, Ostertorsteinweg 57 a, wird für ungültig erklärt.

Polizeidirektion.

Der Fleischmehlfabrik übergeben: Zwei Dachshunde ohne Hundezeichen. Meldung innerhalb 24 Stunden in der Fleischmehlfabrik, Findorff-Allee, sonst wird über die Tiere verfügt.

Polizeidirektion.

Freibankfleisch: Freitag, 18. Dezember, 10—12 Uhr, Schlachthof. Gelbe Karten. 2101—2300. Pfund 20—40 Rpf.

Versteigerung.

Freitag, den 18. Dezember, sollen diverse Nachlaßsachen u. a. zwei kleine Pferdegeschirre meistbietend gegen bar versteigert werden. Zuschlag erfolgt bei annehmbarem Gebot. Anfang 3 Uhr, Holzstraße 11.

Fürsorgeamt.

Wahlvorschlag für die Wahlen zum Landesgesundheitsamt

Gemäß § 3 der Wahlordnung für das Landesgesundheitsamt vom 11. November 1931 werden hiermit die für die Wahl eines Vertreters der nicht approbierten Heil- und Pflegepersonen im Landesgesundheitsamt eingegangenen Wahlvorschläge öffentlich bekannt gemacht.

Wahlvorschlag der Arbeitsgemeinschaft Bremer Naturheilkundiger:
Herbert Lindemann, Bremen, Bleicherstraße 41.

Wahlvorschlag des Vereins Bremer Hebammen:
Frau Marie Boedecker, Bremen, Vor dem Steintor 174.

Wahlvorschlag der Schwestern und Brüder der städt. Krankenanstalt:
Frau Oberin Sophie von Hadeln.

17. 12. 31. Der Wahlleiter.
Dr. Stade.

Gerichtl. Bekanntmachungen

Zwangsversteigerungen

Die folgenden, in Bremen belegenen Grundstücke, deren genannte Eigentümer zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks eingetragen waren, sollen **Dienstag, den 2. Februar 1932, vormittags 11 Uhr,** durch das unterzeichnete Gericht im Gerichtshause, Zimmer Nr. 171, versteigert werden:

1. Im Wege der Zwangsvollstreckung:

1) Vorstadt R 10, Blatt 426, bestehend aus: 1) **Körnerweg,** Gebäuderaum und Lagerplatz, groß 685 qm, 2) **Körnerweg und Körnerweg hinter Nr 48,** Gebäuderaum, Vorhof und Garten groß 99 qm, 3) **Körnerweg hinter Nr. 46,** Garten, groß 100 qm, 4) **Körnerweg hinter Nr. 44,** Garten, groß 109 qm, 5) **Körnerweg hinter Nr. 42,** Garten, groß 118 qm 6) **Körnerweg hinter Nr. 40,** Garten, groß 132 qm, 7) **Körnerweg,** gemeinschaftlicher Gang, groß 53 qm, 8) **Körnerweg,** Gebäuderaum Einfahrt und Lagerplatz, groß 861 qm, — Gebäuderäume: Werkstelle und Holzschuppen — **des Bauunternehmers Johann Christoph Wilhelm Römermann in Bremen,** — Versteigerungsvermerk eingetragen am 9. Dezember 1931 —,

2) Vorstadt R 61, Blatt 46, **Ostertorsteinweg Nr. 5, 1) der unverehelichten Frieda Amalie Ruckel, 2) der unverehelichten Auguste Charlotte Ruckel, beide in Bremen, je zur Hälfte,** groß 166,5 qm, Gebäuderaum (Wohn- und Geschäftshaus mit Werkstatt), Hofraum und halber Gang, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 28. November —,

3) Vorstadt R 86, Blatt 4, 1) **Schwachhauser Heerstraße Nr. 161 und Dijonstraße,** bestehend aus Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorgarten und Garten, groß 552 qm, 2) **Dijonstraße,** Garten, groß 178 qm, **des Geschäftsführers Dietrich Kern in Bremen,** — Versteigerungsvermerk eingetragen am 17. Oktober —,

4) Vorstadt R 223, Blatt 55, bestehend aus: a) **Friedrich Mißlerstraße Nr. 1 B,** groß 199 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorgarten und Garten, b) **Friedrich Mißlerstr. hinter Nr. 1 B,** Garten, groß 99,5 qm, **des Bauunternehmers Arend Wohlers in Bremen,** — Versteigerungsvermerk eingetragen am 3. September 1931 —,

5) Vorstadt R 223, Blatt 56, bestehend aus: 1) **Friedrich Mißlerstraße Nr. 1 C,** groß 316,5 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorgarten und Garten, 2) **Friedrich Mißlerstr. hinter Nr. 1 C,** Garten, groß 129,5 qm, **des Bauunternehmers Arend Wohlers in Bremen,** — Versteigerungsvermerk eingetragen am 10. November 1931 —,

2. Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft:

6) Vorstadt R 54, Blatt 541, **Doventorssteinweg Nr. 87, a) des Kaufmanns Johann Heinrich Lauterbach in Bremen, b) des Pastors Julius Conrad Lauterbach in Schwanewede, c) der Ehefrau des Kaufmanns Heinrich Georg Louis Bez, Chatarina Rosa, geborenen Lauterbach in Bremen, je zu ein Viertel Anteil, d) der zu a) bis c) Genannten zu ein Viertel Anteil in Erbengemeinschaft,** groß 150 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorhof und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 29. Juli 1931,

7) Vorstadt R 54, Blatt 658 **Mandelstraße Nr. 25, des Lokomotivführers Georg Wilhelm Ferdinand Heinrich Oppermann in Bremen,** groß 68,0 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus) und Hofraum. — Versteigerungsvermerk eingetragen am 10. September 1931.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, möglichst bald an der Geschäftsstelle des Amtsgerichts im Gerichtshause, Zimmer Nr. 14, spätestens aber im Versteigerungstermine, vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

16. 12. 1931. Amtsgericht.

Aufforderung

Im Vollmacht und im Auftrage der Söhne des am 4. Dezember 1931 in Bremen verstorbenen Kunstmalers Ernst Rudolph Louis Thiede

fordere ich hierdurch alle etwaigen Gläubiger auf, ihre Forderungen gegen den Nachlaß bis zum achtundzwanzigsten Dezember 1931 unter Vorlegung von Nachweisen bei mir im Büro Domsheide 10-12 2 Etage in den üblichen Geschäftsstunden anzumelden.

Dr. H. E. Buchenau, Rechtsanwalt und Notar.

Schauspielhaus

Heute 8, Ende 10.15: Serie G/9

Der bezaubernde Theaterabend, der jeden Besucher fasziniert:

Gastspiel Herta Windschild

der gefeierten Salondame des Deutschen Schauspielhauses Hamburg,

die in diesem Stück drei gegensätzliche Bombenrollen spielt:

Nina

Komödie von Bruno Frank.

Sonnabend, nachmittags 4.30 Uhr 4. Sonnabend-Nachmittag

Nora

Schauspiel von Henrik Ibsen

Karten zu Mk. 1.30 an der Kasse

Sonnabend: 8 Uhr 10. Kammerspiel „Freitag" (An Stelle von Freitag, 25. Dez.) In neuer Inszenierung

Weh dem, der lügt

Lustspiel von Franz Grillparzer.

Sonntag, abends 8.30

(Nach Ladenschluß)

Gastspiel Herta Windschild

Nina

Schauspielhaus

Heute, Freitag, nachm. 4.30 Uhr.

Sonntag

nachm. 2.30 und 5.30 Uhr

Das schönste Weihnachtsmärchen seit Jahren

Das dumme Englein

von Vicki Baum

Ganz kleine Preise: 0.50 bis 1.80

Nächste Vorstellung Montag, Dienstag und Mittwoch, 4.30 Uhr.

Stadttheater

Heute

Freitag, 15.30 Uhr:

28. Nachmittags-Vorstellung

Das Weihnachtsmärchen

Der Schneemann

20 Uhr, Ende ungefähr 23 Uhr

78. Abonnements-Vorstellung

Neu einstudiert

Hänsel und Gretel

Märchenoper von E. Humperdinck

Hierauf:

Die Puppenfee

Ballett in 1 Akt

Musik von Josef Bayer

Sonnabend, 14.30 Uhr:

29. Nachmittags-Vorstellung

Der Schneemann

20 Uhr, 79. Ab.-Vorst.

Gräfin Mariza

Sonntag, den 20. Dezember vormittags 11, nachm. 14.30 Uhr

Das Weihnachtsmärchen

Der Schneemann

20 Uhr, 80. Abonn.-Vorstellnng

Hänsel und Gretel

Hierauf: Die Puppenfee

Der Vorverkauf für die Vorstell. des Weihnachtsmärchens am Dienstag, 22., Mittwoch, 23. und Freitag, 25. Dezember ist eröffnet

Kanarien

von 6.— RM. an

Größte Auswahl in Käfigen, Aquarien, Warm- und Kaltwasserfischen

Sämtliches Zubehör nur

Zoologische Handlung „Steintor"

Bremen, v. d. Steintor 140

Ein Eigenheim

mit 2500 qm Garten

in Oberneuland, beziehbar 1932 Kleine Raten. Günstige Lage Anfr. unt. J 245 an die Exped.

Lest die BNZ.

SA-Weihnachtsfeier

Centralhallen, beide Säle

Freitag, den 18. Dezember

Anfang: 20,30 Uhr

Musik: Standarten-Kapelle 75.

Spielmannszug 1/75

Rezitation: Karl Rheder, Stadttheater

Eintritt 50 Pfennig! Mitgliedskarte mitbringen!

Noten: 10 Pf.

wegen Aufg. d. Artik. Das gibt's in ganz Bremen nur im Bazar Düsternstraße 96

Welcher Holzbildhauer, Pg., fertigt Modellplatten (Bildnisse) an. Angebote u. H. 244

Wilhelm Marquard

Vor dem Steintor 20, Sparkassengebäude

Herrenmoden, Unterzeuge, Qualitätsware zu billigsten Preisen, Oberhemden von RM. 4,50 an, Binder von 75 Pfg. an, Handschuhe in Stoff und Leder, Socken, Träger, Tücher, Cachenez — Damenstrümpfe, Damenhandschuhe und Unterkleider

Otto Conradt

Großschlachterei und Fleischwarenfabrik.

ff. Bockwurst, Cornedbeef, sowie alle Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen.

Falkenstraße 35 a.

Fernsprecher Roland 5693.

Deutscher Heidehonig

10-Pfund-Dose 10.— Mark frei Haus

Parteigenosse Hans Schierloh

Habenhausen

Fernsprecher Hansa 40083

Minister Klagges

spricht am 4. Januar im Casino

Aus Bremen Stadt und Staat

Hilfst du schnell, dann hilfst du doppelt!

Diese Binsenwahrheit scheint bis heute noch nicht in die Amtsstube derer gedrungen zu sein, denen das Wohl und Wehe gerade der Aermsten des deutschen Volkes anvertraut ist. Der immerhin kostspielige Apparat der Fürsorge dürfte doch eigentlich ein prompteres Arbeiten gewährleisten. Wenn es gilt, dem Fürsorgeempfänger die Bezüge zu kürzen, dann ist allerdings ein außerordentlich schnelles Arbeiten festzustellen; es liegt dieses natürlich ganz im Rahmen der „notverordneten" Sparmaßnahmen. Wenn aber z. B. ein Fürsorgeempfänger den Antrag auf Schuhreparatur stellen will, dann hat er der zuständigen Distriktsfürsorgerin oder dem Fürsorger die bereits zerrissenen Schuhe vorzuzeigen. Trotzdem dauert es bis zur Bewilligung und Zuweisung der Sohlen noch drei Wochen. Jedermann weiß, daß in allen Fällen, in denen überhaupt an Fürsorge gedacht ist, zuvor die vorliegende Bedürftigkeit aufs genauste geprüft worden ist. Wenn diese Bedürftigkeit schon feststeht, dazu die Notwendigkeit der Reparatur ebenfalls durch die Distriktsfürsorgerin als notwendig erachtet ist, dann kann der gewöhnliche Sterbliche derartige Verzögerungen nicht verstehen und kann dieselbe nur zu leicht als Schikane auffassen. Bedenkt man weiter, daß eine Reparatur eben durch dieses Hinauszögern oftmals selbst durch einen Fachmann nicht mehr und dann erst recht von einem Laien nicht durchgeführt werden kann, dann bedeutet dieses keine Ersparnis, sondern vielmehr eine Verschwendung. Auch dürften die gesundheitlichen Schädigungen ganz besonders in dieser nakkalten Jahreszeit nicht dazu angetan sein, das Konto der Fürsorge zu entlasten, geht doch die hieraus notwendig werdende ärztliche Behandlung, wenn nicht sogar Krankenhauspflege auch wieder zu Lasten des Staates. Dieselben Verzögerungen sind leider auch bei fast allen anderen Anträgen festzustellen. Also wenn man schon einmal die Hauptarbeit und sogar die grundlegendste den Distriktsfürsorgerinnen übertragen hat, dürfte kaum eine allzu überwältigende Last mehr auf den Schultern der entscheidenden Instanzen ruhen. Ist es schon für den Erwerbslosen hart genug, sich stundenlang als Hilfesuchender herumzudrücken, dann sollte doch jede weitere Härte unbedingt vermieden werden. Hinzu kommt noch die nicht immer einwandfreie, ja oftmals demütigende Behandlung der Bedürftigen.

Bremer Veranstaltungen im Jahre 1932

Auf die Rundfrage des Fremdenverkehrsvereins Bremen betr. Tagungen, Veranstaltungen usw. in Bremen im Jahre 1932 sind diesem bisher nur die nachstehenden Veranstaltungen aufgegeben worden:

1.—7. Februar: Deutsche Hallentennis-Meisterschaften, veranstaltet vom Bremer Tennis-Verein v. 1896 e. V., Bremen. Scharnhorststraße 75.

22. Mai: 7. Kurzstrecken Regatta auf der kleinen Weser, veranstaltet von der Kanu-Regatta-Vereinigung Bremen e. V. (Anschrift Ernst Kuhlmann, Bremen, Lübeckerstr. 33.)

Anfang Juni: Große Bremer Ruderregatta, veranstaltet vom Bremer Regatta-Verein e. V. (Anschrift Dr. Flügel, Bremen, Haus Schütting.)

24. bis 26. Juli: Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener e. V., Gau Bremen. (Anschrift Geschäftsstelle Bremen. Obernstraße 39, 1. Et. — 22.—23. Juli Verbandsvorstands- und Verbandsausschußsitzung.)

7. August: Bremer Flug- und Motorsporttag, veranstaltet vom Allgemeinen Deutschen Automobilclub, Gau Ga. Weser-Ems. Gaugeschäftsstelle: Osterdeich 70.

4. September: 11. verbandsoffene Langstrecken Regatte auf der Wümme v. Dammsiel nach Kuhsiel, veranstaltet von der Kanu-Regatta-Vereinigung Bremen e. V. (Anschr. Ernst Kuhlmann, Bremen, Lübeckerstr. 33.)

21.—30. Oktober: Bremer Freimarkt.

Der Bremerverkehrsverein richtet daher heute an die Bremer Vereine, Organisationen und sonstige Stellen nochmals die Bitte, ihm die für das Jahr 1932 vorgesehenen Tagungen, Veranstaltungen usw. aufzugeben, auch wenn der Zeitpunkt, an dem sie abgehalten werden, noch nicht endgültig festliegt.

Der Fremdenverkehrsverein ist leider genötigt, mit Ende dieses Monats seine Liste zu schließen. Die Angaben werden erbeten an die Geschäftsstelle des Fremdenverkehrsvereins, Bremen, Bahnhofstr. 35.

Einziehung der Zeitungsgelder durch die Post. Die Zeitungs-Bezugs- und -Zustellgelder für den Monat Januar 1932 werden in der Zeit vom 18. bis 23. Dezember durch die Briefzusteller eingezogen. Die Bezieher werden gebeten, die Beträge bereit zu halten, damit die Abfertigung schnell von statten geht. Eine wiederholte Nachfrage wird nicht gehalten. Wer den Zeitungsbezug bis 24. Dezember nicht erneuert, hat mit einer Unterbrechung in der Zeitungslieferung zu rechnen. Bezahlung in bar oder Schecks auf hiesige Banken.

Zu dem Tarifstreit im Bank- und Versicherungsgewerbe. Wie uns der D.H.V. mitteilt, findet die Verhandlung über die Gehälter im Bankgewerbe am 22. Dezember in Berlin vor dem Schlichter, Regierungsrat Dr. Heitmann, statt. Ueber die Gehälter im Versicherungsgewerbe wird Dr. Heitmann am 21. Dezember entscheiden, da auch hier die Vorverhandlungen gescheitert sind.

Stadttheater. Heute, Freitag, in neuer Einstudierung: „Hänsel und Gretel", von Humperdinck, die wundervolle Märchenoper, und anschließend in neuer Bearbeitung „Die Puppenfee", unter der Tanzleitung von Lore Jentsch. „Die Puppenfee" ist ein Ballett, dessen Handlung sich bei einem Puppenhändler abspielt, zu dem eine Bauernfamilie und eine englische Familie kommen, um Puppen zu kaufen, und denen die Puppenfee (Lore Jentsch) ihre Puppen vortanzen läßt, nämlich ein Negerpaar, ein Tirolerpaar, Seekadetten, Mädchen, ein Baby, eine Spanierin, Japanerin, und einen Harlekin. Die ganze Handlung ist von Lore Jenisch neu bearbeitet.

Die neue Schulgeldregelung

Von Pg. Wegener, M. d. B.

Seit mehreren Monaten beschäftigen sich Schuldeputation und Parlament in kurzen Abständen mit der seitens des Senats geforderten Schulgelderhöhung, die ihren scheinbaren Abschluß fand durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte usw., in der es heißt:

„Das Schulgeld ist für die neueintretenden Schüler nach der preußischen Schulgeldregelung einschl. der sozialen Ausgleichsmaßnahmen zu erheben."

Schon im April befaßten sich die maßgebenden Körperschaften mit einem Bericht des Senats, wonach die Finanzdeputation zur Abwendung einer finanziellen Katastrophe auch höhere Einnahmen aus dem Schulbudget forderte und zwar um 150 000 Mk. mehr als im Rechnungsjahr 1930. Aus der diesem Bericht angegliederten Vorlage ging hervor, daß unter Berücksichtigung der Staffelung der Einkommensgruppen und der Kinderzahl die Hauptlast wiederum von jenen Bevölkerungskreisen zu tragen war, die dem Mittel- und Arbeiterstande angehörten, also jene Schichten, die die Früchte der heutigen Regierungskunst in Form steuerlicher Belastung, Vorenthaltung auskömmlicher Arbeit usw. fühlbar zu spüren haben. Während z. B. bei den höchsten Jahreseinkommen von über 16 000 Mk. beim ersten Kinde das Schulgeld um 9 Prozent erhöht wurde und von 20 000 Mk. ab überhaupt beim ersten Kinde keine Erhöhung eintrat, betrugen im Gegensatz hierzu die Erhöhungen bei den Gruppen z. B. von 2000 Mk. gleich 20 Prozent, bei 3000 Mk. gleich 40 Prozent, und bei 4- bis 5000 Mk. gleich 50 Prozent. — Es war jedem Nationalsozialisten und gerecht denkenden Menschen klar, daß eine derartige unsoziale Regelung niemals unsere Zustimmung finden konnte, und so brachte der Schreiber dieses Artikels auch anl. der Beratungen im Plenum zum Ausdruck, daß wir unsere Zustimmung dieser Vorlage nicht zu geben vermöchten und keine Veranlassung hätten,

weitere Mittel für das Danaidenfaß der Erfüllungs- und Anleihepolitik schaffen zu helfen.

Ein Antrag von uns, erwerbslos gewordene Erzieher nach Recht und Gesetz von der Zahlung des Schulgeldes zu befreien, fand bei der SPD. Unterstützung und wurde angenommen, jedoch später auf Einspruch des Senats erneut der Bürgerschaft zur Beratung überwiesen und nunmehr gegen die Stimmen der SPD. abgelehnt. Anl. der Etatberatungen stellten wir erneut den Antrag, die von der Finanz mehrgeforderten 150 000 Mk. wieder abzusetzen und das Schulgeld auf der alten Höhe zu belassen, der ebenfalls der Ablehnung verfiel. Nochmalige Verhandlungen in der Schuldeputation zwecks Aenderungen in der Einkommensspalte der Schulgeldskala wurden zu anderer Zeit Gegenstand ausgiebiger Debatten im Plenum, wobei wir auch jetzt wieder die Erhöhung des Schulgeldes ablehnten und gerne den Mittelparteien und der SPD. den Ruhm der Annahme überließen. Nachdem nun die geforderte Mehreinnahme von 150 000 Mk durch erhöhte Schulgeldsätze gesichert erschien, die Finanzlage des bremischen Staates aber immer bedenklich und bedrohlicher wurde,

erhielten die Länder von reichswegen die Ermächtigung, diktatorisch zu regieren.

Das sich durch die Demokratie selbst gesetzte Recht der Mitbestimmung des Volkes durch die Parlamente, wurde nun zu einem großen Teil zu einer Farce, und als Ausfluß der neuen Regierungsform wurde verordnet, daß die weitere Erhöhung des Schulgeldes nach der preußischen Methode zu erfolgen habe. Bei einem Kostenaufwand für die bremischen Schulen von etwa 13,5 Millionen Mark, wollte sich dadurch der Staat eine Einnahme von etwa 1 Million garantieren. So besagt u. a. diese neue, der Bevölkerung diktatorisch zugedachte Schulgeldregelung, daß bei neueintretenden Kindern für das 1. Kind jährlich 240 Mark, für das 2. Kind 180 Mk., für das 3. Kind 120 Mk. zu zahlen sind, wobei die Geschwisterermäßigung und Begabtenförderung eine Ermäßigung des jeweilig zu zahlenden Schulgeldsatzes vorsieht.

Da durch diese neue rigorose Maßnahme der Arbeiter- und Mittelstand schwer getroffen wird, indem diesen breiten Bevölkerungsschichten durch die ohnehin schon sehr schwerwiegenden wirtschaftlichen Einschränkungen keine Möglichkeit mehr gegeben war, auch nur einem Kind, den Besuch einer höheren Schule zu ermöglichen,

stimmten wir in der Bürgerschaft für den sozialdem. Antrag, diese Notverordnung sei außer Kraft zu setzen, zu, nicht ohne der SPD. gesagt zu haben, daß sie ja selbst für ihre volksverräterische Politik die Schuld an diesen Zuständen trüge. Inzwischen ist eine neue Mitteilung des Senats vor einigen Tagen der Oeffentlichkeit unterbreitet worden, in der es heißt:

„daß der Senat auf der Grundlage der preußischen Schulgelderhebung einen Mittelweg glaubt gefunden zu haben, der die sozialen und pädagogischen Belange berücksichtigt."

Es würde im Rahmen dieses Artikels zu weit führen, auf alle Bestimmungen wie Geschwisterermäßigung, Begabtenförderung

Weihnachten nach Berlin für RM. 9.—

Am 24. Dezember Bremen Hbf. ab 12.50, an Berlin L. B. 19.01

Fahrkarten und Auskunft: Lloydreisebüro Bahnhofstraße 35

Gisbert

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

Er sprach glänzend, sachlich, beinern.

Lautlos, atemlos die Menschen. Sie hörten etwas ganz Neues, etwas vielleicht ganz Wunderbares . . .

O nein, das durften sie nicht dulden, dazu waren die tausend Arbeiter nicht im Saal.

Jetzt prasselte der Lärm aus einer Ecke, aus der anderen kam Widerhall. In einem Augenblick ein Chaos, ein Brüllen und Johlen und Pfeifen . . . ein Höllenkonzert.

Hitler setzte in seiner Rede aus, sah ruhig in den Saal hinab. Der Lärm ebbte ab.

Mit erhöhter Stimme sprach Hitler weiter. Klar und einfach und doch in immer höher lodernder Flamme . . .

Da kam das nächste Signal, und wieder war der Saal ein Meer von Brüllen.

Plötzlich in einer Ecke Handgemenge. Erhobene Fäuste und fliegende Mützen und Menschenknäule, die durch den Saal schaukelten . . .

Schon wurde auch in der nächsten Ecke gerauft. Hiebe klatschten, Stühle flogen. Man sah graue Soldatenarme wie Dreschflegel auf einen Menschenklumpen niedersausen . .

Da wurde es plötzlich still.

Hitler sprach weiter . . . schärfer. Sachlicher. Punkt für Punkt wurde das Programm der Nationalsozialisten durchgenommen, wie in der Schule. Erläutert . . .

„Urteilt selbst!"

Die letzten aufspritzenden Wellen des Widerspruchs versanken . . . die Leute hörten zu . . .

Mehr noch, viel mehr: Sie dachten nach.

Dann jüngster Beifall hoch. Lösts Widerspruch aus. Aber der Beifall blieb Sieger. Verstärkte sich. Hitler mußte Ruhe fordern . . . der Beifall nahm Zeit und Zusammenhang weg.

Dann machten ältere Arbeiter Einwände. Stellten Fragen. Ernste. Sie wollten wirklich erfahren, was an dieser neuen Bewegung war.

Ein junger Kerl vor Hitler, ganz zerrissen und noch blutig von der Rauferei vorhin, will auch etwas wissen. Seine Frage ist nicht dumm, und als er Antwort erhält, nickt er sehr befriedigt.

Sie urteilten wirklich selbst. Die tausend Anhänger Hitlers. Die tausend Feinde Hitlers, die ganz vergessen hatten im Gedränge der auf sie einstürmenden Thesen, die sie auf ihre Festigkeit und Brauchbarkeit prüfen mußten in aller Eile . . . die ganz vergessen hatten, daß sie doch hierher gekommen, wenn nicht befohlen waren, die Hitlerversammlung zu sprengen . . . zur Warnung für alle kommenden Zeiten . . .

Hitler war zu Ende. Die letzte These drang wie ein Strahl in die Menschen unten, die dastanden, das Draußen und Drinnen vergessend, die Zwiesprache hielten mit dem Redner . . .

Und als dieser mit einem Male nicht mehr sprach, da mußten sie sich einen Augenblick besinnen . . .

Dann erzitterten die meterdicken, alten Hofbräuhausmauern von der Brandung des Beifalls, die an den Wänden hochsprang . . .

Langsam leerte sich der Saal.

Zweitausend Apostel einer neuen Arbeiterbewegung gingen in die Kantinen und Arbeiterkolonien, in die Cafés und an die Stammtische, in die Korpshäuser und Hörsäle, in die Werkstätten und Handwerkerstuben!

10. Kapitel

„Einhundertsechsundvierzig Milliarden Goldmark!"

Tage der tiefsten Erniedrigung: Schandknechtschaft, Danzig, Korridor, Oberschlesien, Ruhrbesetzung — Phantastische Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung

Hitler bekam einen Verbündeten. Die Zeit und ihren Wahnsinn.

Januar 1921. Die Richter über das Schicksal Deutschlands zogen sich zur Beratung zurück. Die Richter: Franzosen und Briten und Tschechen und Japaner und dazu die südamerikanischen und zentralamerikanischen Staaten.

Sie zogen sich zurück, verkündeten zwar noch nicht das Urteil, deuteten es aber schon an: Hundert Milliarden Goldmark hatte Deutschland zu zahlen. Hundert Milliarden Goldmark, diese Wahnsinnssumme, von französischen Sadisten in Paris ausgedacht, sollten in Form des Londoner Diktates festgelegt werden.

Hundert Milliarden Goldmark: Das hieß so viel, daß jeder Bauer, jeder deutsche Arbeiter, jeder deutsche Kaufmann eine Schuldenlast auf sein Haus und seine Werkstatt und auf seinen Kopf und auf seine Zukunft und auf die seiner Kinder nahm, die ihn und seine Kinder und seine Kindeskinder zu Sklaven der Entente machte. Bedeutete: Von acht Stunden Arbeit sechs für Frankreich, zwei für Deutschland und dich!

Brutaler haben römische Feldherrn die unterjochten Völker nie verknechtet.

Hundert Milliarden Goldmark. Das hieß: „Sieht du dieses Haus dort . . . es gehört nicht mehr mir, gehört nicht mehr einem Deutschen. Aber der Deutsche muß arbeiten und es erhalten, denn sonst kann er die Zinsen nicht bezahlen und müßte aus dem Haus gejagt werden."

Hundert Milliarden: Arbeitersschundene Menschen in einer Werkstatt fluchen über die schwere Last, stöhnen unter der Peitsche, die über ihre Köpfe schwirrt:

„Warum müssen wir dieses Leben führen?"

„Warum? Weißt du denn nicht, daß dein Urgroßvater einen Krieg gegen Frankreich verloren hat?"

Anläßlich dieser hundert Milliarden Goldmark mußten die Redakteure schon tief in ihren Geizntzettelkasten greifen. Da genügte nicht das abgegriffene Phrasenrüstzeug. „Wie ein Mann" — „Bogen überspannen" — „ein einziger Schrei der Entrüstung" — „Appell ans Weltgewissen" . . . da mußte man schon schärfer zufassen.

Aber es kam trotz allen Hereingreifens nicht viel heraus, die Leitartikel waren fadenscheinig und gewendet (wie die Anzüge damals), und aus dem einzigen Schrei der Entrüstung wurde eine elegante Schluß-Iosekel, auf die der Leitartikler sehr stolz war.

(Fortsetzung folgt.)

usw. einzugehen, fest steht jedoch, daß es auch jetzt noch den breiten Bevölkerungsschichten unendlich schwer sein wird, ihren Kindern eine höhere Schulausbildung angedeihen zu lassen. Bei der ständig steigenden Not und der dadurch bedingten Einkommens-Verringerung und eintretenden Erwerbslosigkeit so manchen Vaters **empfinden wie diese neue Schulgeldregelung trotz der Härteausgleiche im Interesse eines gesunden wuchses als völlig abwegig.** Wir sind vielmehr der Auffassung, daß **die Schule keine finanzielle Einnahmequelle des Staates sein darf** und lehnen es strikte ab, **den Besuch einer höheren Schule abhängig zu wissen von der Geldtasche des Vaters.**

Es ist ein nationalsozialistischer Grundsatz, die gesamte Erziehung bis zur Hochschule kostenfrei zu gestalten, um so einen immer neuen Zuzug frischer begabter Kräfte aus allen Ständen des Volkes zu erhalten.

Wir wollen keine Schulen nach Standesklassenprinzipien aufgebaut, sondern Erziehungsinstitute, die nach festzulegender Richtschnur dieses **Kind als begabt erzieht und fördert und jenes als unbegabt erkannte seiner ihm gemäßen Bestimmung zuführt.** So führen letzthin die Maßnahmen dieses Systems zu **völliger Drosselung aller kulturellen Aufgaben,** ein Umstand, der bei klarster Erkenntnis in der Tatsache einer geradezu sträflichen Unterwürfigkeit unter die Botmäßigkeit des von den Marxisten so treulich geschützten internationalen Finanzkapitals begründet liegt. Diesen trostlosen Zustand wird nicht der zungenfertige Mund eines gewohnheitsmäßigen Parlamentariers zu ändern vermögen, als vielmehr nur jene durch die Idee des Nationalsozialismus zusammengeballte Volkskraft, die in der Hand und durch den Willen unseres genialen Führers Weltgeschichte zu machen imstande ist zum Wohle unseres gesamten Volkes.

Notgemeinschaft Bremen-Oldenburg

Bremen, 17. Dez. Der Landbund Oldenburg-Bremen faßte auf einer stark besuchten Vertrauensmännerversammlung eine Entschließung zum Vollstreckungsschutz, der konsequent durchgeführt werden soll:

„Die im Landbund Oldenburg-Bremen zusammengeschlossenen Landwirte werden jeden, der vom heutigen Tage an einen landwirtschaftlichen Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb, Grund und Boden, lebendes und totes Inventar auf oder infolge einer Zwangsversteigerung sich aneignet, oder den bisherigen Pächter aus seiner Pachtung verdrängt, geschäftlich, persönlich und gesellschaftlich als Gegner betrachten und behandeln. Mit Händlern, Handwerkern und Gewerbetreibenden, die mit solchen Verrufserklärten in Geschäftsverbindung treten, wird sofort jede geschäftliche Verbindung abgebrochen".

Der Landtagsabgeordnete G. A. Bunnemann-Colmar wurde zum Führer der Notgemeinschaft gewählt.

Rundfunkprogramm

Sonnabend, 19. Dezember 1931

6.30 Zeitangabe. 6.45 Wetterdienst. 6.50 Morgenmusik. 7 Wiederholung der Abendmeldungen. 7.05 Eisbericht. 7.50 Wetterdienst. Ernährungsfunk. 11.30 Konzert. 12.10 Wetterdienst. 12.20 Börsenfunk. 12.55 Nauener Zeitzeichen. 13.15 Weterdienst. 13.20 Funkwerbung. 14 Eisbericht. 15 Wetterdienst. 15.05 Börsenfunk. 15.35 Schiffahrtsfunk. 16.30 Konezrt. 18 Das Bunte Programm. 19.55 Wetterdienst. 20 Wunschzettel. 22 Nachrichtendienst. 22.20 Aktueller Dienst. 22.30 Tanzfunk. 23.20 Eisbericht.

Gegen die Gemeindegetränkesteuer

Der Landesverband des bremischen Wirtsgewerbes hat zu der auch von uns bekämpften Einführung einer Gemeindegetränkesteuer in der Stadt Bremen folgende Entschließung gefaßt:

Die am Dienstag, den 15. Dezember 1931, tagende zahlreich besuchte außerordentliche Vollversammlung des Landesverbandes des bremischen Wirtsgewerbes, hat mit größtem Bedauern und stärkster Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß bei den verantwortlichen Stellen Erwägungen schweben, auch in Bremen die Gemeindegetränkesteuer zur Einführung zu bringen.

Die durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 den Gemeinden als Einnahmequelle zur Verfügung gestellte Gemeindegetränkesteuer auf Wein, weinähnliche und weinhaltige Getränke, Schaumwein, schaumweinähnliche Getränke, Trinkbranntwein, Mineralwässer und künstlich bereitete Getränke sowie Kakao, Kaffee, Tee und andere Auszüge aus pflanzlichen Stoffen, **ist ein Monstrum einer verkehrs- und wirtschaftsfeindlichen, ungerechten, ertraglosen, undurchführbaren und unsozialen Steuer.**

Die Getränkesteuer ist verkehrs- und wirtschaftsfeindlich, weil sie, als am Ort des Verkehrs erhoben, die Gäste aus den Gaststätten hinaustreibt, den Reiseverkehr weiter verteuert und die Propaganda für Deutschland und das Reisen in deutschen Landen und die in der ganzen Welt geschätzten deutschen Gaststätten beeinträchtigt, ferner, weil sie auch durch Besteuerung des Weines die anerkannte Notlage unseres Weinbaues wieder verstärkt.

Die Steuer ist ungerecht, weil ihre Lasten wiederum ein einzelnes Gewerbe tragen muß, dem man das Inkasso und die Abwälzung der Steuer überläßt.

Die Steuer wird die erwarteten Beträge nicht bringen, weil eine Kontrolle einer korrekten Abführung der Steuer nicht möglich ist und höchstens nur wieder bei den größeren Betrieben mit kaufmännischer Buchführung hängenbleibt, gar nicht zu denken an das Stoßgeschäft größerer Feste und Massenveranstaltungen.

Die Steuer ist ungerecht, weil sie auf die Schlußsumme der Rechnung erhoben und daher auch vom Nutzen des Gaststätteninhabers bezahlt werden muß.

Das Erhebungs- und Kontrollverfahren erfordert Ausgaben für Gastwirte und Gemeinden, durch die das Aufkommen geschmälert und der Rückgang anderer Steuern die Folge sein wird.

Schließlich ist die Steuer unsozial, weil sie als Sonderbelastung des Gastwirtsgewerbes die Gefahr von Entlassungen und neuen Belastungen des Arbeitsmarktes im Gefolge hat, außerdem vorzugsweise diejenigen trifft, die aus wirtschaftlichen oder beruflichen Gründen auf Gaststätten angewiesen sind.

Daß die Steuer in vollem Umfange abwälzungsfähig wäre, muß nach den Erfahrungen, die das Gastwirtsgewerbe bisher gemacht hat, bezweifelt werden. Zum mindesten geht infolge der mit ihr verbundenen Verärgerung der Gaststättengäste der Umsatz zurück.

Auch die Kleinhandelskammer zu Bremen teilt in allen Punkten die großen in vorstehender Entschließung näher dargelegten Bedenken gegen die Einführung einer Gemeindegetränkesteuer in der Stadt Bremen und bittet ebenfalls dringend darum, von der Einführung Abstand zu nehmen.

Oeffentliche Angestellten-Versammlung

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte die bremischen Angestellten zu einer öffentlichen Versammlung am Mittwoch im Museum eingeladen, die einen zahlreichen Besuch zeigte. Anlaß zu dem Schritt in die Oeffentlichkeit war der Tarifvertragskonflikt mit den Warenhäusern. Als erster Redner sprach Geschäftsführer Nielson, Bremen, zu der Frage: „Sind die Warenhäuser eine soziale Gefahr für den Einzelhandelsangestellten?". Der DHV. verkennt die allmeine Notlage nicht. Aber wenn Opfer getragen werden sollen, dann darf nicht nur eine einseitige Belastung der Angestellten durchgeführt werden, sondern dann muß auch die Lebenshaltung der Geschäftsleitung entsprechend sinken. Nach Ansicht des DHV. ist mit den äußerst niedrigen Gehaltssätzen des Warenhaustarifvertrages für diese Angestellten die Hungerlinie erreicht. Eine weitere Kürzung würde die Gehälter sogar unter den durch die Notverordnung vorgesehenen Mindestsatz vom 10. Januar 1927 führen. Um so unverständlicher bleibt es, daß die Warenhäuser als erste Einzelhandelsfirmen diesen Vertrag kündigen, während andere bedeutende Firmen aus der Branche Verträge erneuerten. DHV. und VwA. haben sich deshalb in der Tarifverhandlung geweigert, einen Gehaltsabbau bei den Warenhäusern mitzumachen, während die anderen Gewerkschaften es doch für richtig hielten zu verhandeln. Freiwillig wird der DHV. einem neuen Abbau niemals zustimmen, vielmehr müssen alle Mittel angewandt werden, um ein weiteres Abgleiten der Gehälter zu verhindern. Die Front der Angestellten muß an der Hungerlinie zum Stehen gebracht werden!

Frl. Haase vom VwA. forderte eine gerechte Entlohnung für die weiblichen Angestellten. Sehr oft ruht heute die Verantwortung für die gesamte Familie auf den Schultern der erwerbstätigen Frau. Eine weitere Senkung der Gehälter in den Warenhäusern wäre unerträglich. In der Frage des Warenhaustarifkonflikts lehnt deshalb der VwA. ein Verhandeln über einen Gehaltsabbau ab.

Gauvorsteher Erich Stolt, Hannover, sprach dann über „Standesnot, Standeskampf, Standesschicksal". Unsere Zeit ist gekennzeichnet durch einen ungeheuren Pessimismus, der nicht zuletzt auch seine Ursache in der Vertrauenskrise zur deutschen Wirtschaftsführung hat. Kreise, die immer wieder behaupteten, durch Gewerkschaften und Tarifverträge würde die Wirtschaft geschädigt, müssen heute Experimente liquidieren, die riesige Summen gekostet haben. Die Notverordnung will den Lohnabbau durch den Preisabbau ausgleichen. Es ist zu hoffen, daß das gelingt; niemand kann selbstverständlich die Wirkung voraussehen. In der Gehaltsfrage sind wir nicht der Auffassung der marxistischen Gewerkschaften, die diese Frage durch die Notverordnung als erledigt betrachten. Die Notverordnung setzt Mindestgehaltssätze fest. Unser Kampf um eine gerechte Entlohnung wird deshalb nicht aufgegeben. Es muß aber schließlich bei der Mode des Gehaltsabbaues einmal eine Grenze gesetzt werden. Dieser Punkt ist jetzt auch bei den bremischen Warenhäusern erreicht. Die Warenhäuser wollen doch letzten Endes nicht vergessen, daß auch ein Abbau sich durchaus nicht bedeutungslos in der Kaufkraft auswirken wird. Warenhäuser sind von der öffentlichen Meinung abhängig — mögen sie das nicht vergessen. Der DHV. wird auch unter der Notverordnung setzen energischen Widerstand fortsetzen. — In der Aussprache versuchte Herr Taeger (GdA.) seine Taktik im Warenhaustarifkonflikt zu verteidigen. Im Schlußwort forderte Gauvorsteher Stolt, Hannover, die Angestellten auf, ihre berufenen Vertretungen — die Gewerkschaften — zu unterstützen und auch in dieser schweren Zeit keinen Fußbreit freiwillig aufzugeben.

Weihnachts-Sonderzug nach Berlin. Der Preis für die Fahrt Bremen—Berlin im Weihnachts-Sonderzug beträgt 9 Mk. Die Rückfahrt Berlin—Bremen über Uelzen kann in einem beliebigen Schnellzug zum tarifmäßigen Fahrpreis ausgeführt werden. Es bietet der Weihnachts-Sonderzug die billigste Schnellfahrgelegenheit über Weihnachten von Bremen nach Berlin zu reisen. Noch erheblich verbilligen läßt sich der Preis, wenn man auch für die Rückreise sich einer Gesellschaftsfahrt anschließt. Eine solche wird eingerichtet am 27. Dezember d. J. Berlin ab 19.10. Der Schnellzugfahrpreis hierfür beträgt von Berlin nach Bremen über Uelzen nur 14 Mk., so daß sich die Fahrt mit dem Weihnachtssonderzug am 24. d. M. nach Berlin zusammen mit der Rückfahrt am 27. d. M. von Berlin auf insgesamt 23 Mk. beläuft. (Siehe heutige Anzeige.) Näheres im Lloydreisebüro, Bremen, Bahnhofstr. 35.

Auszeichnung eines deutschen Schäferhundzüchters. Herr Heinz Deiterding, Alter Postweg 43, Inhaber des deutschen Schäferhundzwingers „Vom Feuerland", wurde vom V. f. d. Sch. (S. V.), Hauptgeschäftsstelle Augsburg, mit der goldenen Medaille des Vereins ausgezeichnet, weil aus seinem Zwinger die Hündin Astrid vom Feuerland 383 929 P. H. (nach Arno v. Weiland-Buche v. Haus Schütting) mit der höchsten Auszeichnung „vorzüglich" auf der Landesverbandsausstellung in Leer bewertet wurde. Aus demselben Wurf ist auch die Hündin Asta vom Feuerland hervorgegangen. Auch diese Hündin ist ebenfalls mit „vorzüglich" bewertet worden. Astrid steht im Besitze von Herrn Bernd Buß, Sandersdeich 5, während Asta Herrn D. Lehmkuhl, Weserdamm 85, gehört. Aus beiden Hündinnen ist ebenfalls vorzügliche Nachzucht vorhanden. Dem Züchter Herrn Deiterding ist zu diesem Erfolge nur zu gratulieren. Die genannten Herren gehören der Bremer Ortsgruppe f. d. Sch. an.

Die Zeitung „Schuh und Leder" bringt unter dem 12. Dezember folgende Mitteilung: **Schuhpreise sinken nicht mehr! Feststellungen des Reichskommissars für Preisüberwachung Dr. Goerdeler vor der Presse:** „Falschen Auffassungen über die Möglichkeiten der Preissenkung muß von vornherein entgegengetreten werden. **Besonders bei Schuhwaren und Textilien sind die Preise schon ganz gewaltig gesenkt worden.** Unter diesen Umständen muß ich die dringende Bitte aussprechen, die Weihnachts-Einkäufe in der beabsichtigten Form zu tätigen. Preisabbau-Illusionen sind hier nicht am Platz. Bei Schuhwaren mit Kaufen zurückzuhalten ist ein Fehler." **Kaufen schafft Arbeit! Kaufzurückhaltung schädigt Sie selbst!**

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: C. A. Güldner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. —
Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.

Fünftes Philharmonisches Konzert

Wenn man die Eindrücke des mit einem ungeheuren Aufwand von Orchesterstimmen, Chor und Solisten bestrittenen 5. Philharmonischen Konzertes mit denen des Beethoven-Abends vor 14 Tagen vergleicht, der, allein vom Instrumentalkörper getragen, uns neben der Fünften und Achten noch die Ouvertüre zu Egmont brachte, so wird wohl mancher am Dienstag mit Wehmut und Freude zugleich an das herrliche Beethoven-Erlebnis zurückgedacht haben. Denn bei allem Verständnis und aller Hochachtung für die ungeheure Arbeit und Mühe, welche die Einstudierung der instrumental und vokal überaus schwierigen Werke von Pfitzner und Strawinsky erheischte, muß doch festgestellt werden, daß der Beifall, den sie auslösten, in erster Linie Meister Wendel, der sie mit größter Hingabe und dem ihm eigenen Einfühlungsvermögen hier erstmalig zu Gehör brachte, sowie seinen Getreuen, den unermüdlichen Orchestermitgliedern, den Damen und Herren des philharmonischen Chores, und den Solisten des Abends, galt, nicht aber den Werken selbst, die bei aller Bewunderung für den Ernst und das musikalische Können ihrer Schöpfer kein allzugroßes Interesse beanspruchen können. Denn dieselben Themen haben sich vor ihnen andere mit unendlich mehr Glück und Erfolg zu eigen gemacht und in eine weit höhere klangliche Sphäre zu erheben vermocht. Mehr Freude bereitete die Kantate für Sopran und Tenorsolo, Chor und Orchester von Vittoria Gui, dem Worte aus einem Liebesgespräch des Hohen Liedes zu Grunde gelegt sind. Schön und ergreifend wirkte Otto Beschs Marienlied aus der Adventskantate für zwei Soprane, Chor und Orchester, das der augenblicklichen seelischen Stimmung der Hörer am meisten entsprach. Denn der Stern von Bethlehem bedeutet doch immer noch für viele einen Hoffnungsstrahl in der Nacht der Finsternis gegenwärtigen irdischen Geschehens. — Den Solisten des Abends, Mia Thoennißen, Angela König, Max Mansfeld und Alfred Paulus, sowie Wilhelm Evers, dem Meister an der Orgel und am Flügel und Julius Schlotke am Flügel dankte freudiger Beifall für ihre vorzüglichen Leistungen. Will Eilers.

Zeitschriftenschau

Es ist über eine Reihe von Neuerscheinungen auf dem Zeitschriftengebiet über Bestrebungen zu berichten, die der unsrigen verwandt, benachbart und teilweise entgegengesetzt sind.

Da ist vor allem auf die Zeitschrift „Deutsche Bauhütte" hinzuweisen (Curt R. Vinzenz, Verlagsanstalt Hannover), die auf dem engeren Gebiete der Baukunst dieselbe Gegenfältigkeit zu aller Fremdkultur vertritt wie die „Deutsche Kunstgesellschaft" für die gesamte bildende Kunst. Wer sich darüber zu unterrichten wünscht, wie die „Deutsche Architektenschaft" sich zur amtlich abgestempelten Baukunst stellt, der greife zu diesem ihrem offiziellen Organ, das in ausgezeichnet geleiteten Heften halbmonatlich zum Vierteljahrespreis von 5 RM. erscheint. Schon die flüchtige Uebersicht der reichen Bebilderung klärt darüber auf, daß man es hier nicht mit einer von irgendeinem Parteidogma getragenen Schematisierung zu tun hat; neben Bauten, die sich als Weiterführung baulicher Ueberlieferungen aus bester Zeit erkennen lassen, finden sich zahlreiche andere, die aus der reinen Zweckbestimmung geborene Grundsätze der Wirtschaftlichkeit vertreten, oder solche zeitgemäßer Hygiene. Immer doch bleiben die als Vorbilder gezeigten Werke innerhalb dessen, was durchgebildetes deutsches Schönheitsbedürfnis anzunehmen vermag. Mit Befriedigung sieht man zugleich die Sünden der angeblich rein „rationellen" sogen. neuen Sachlichkeit am Pranger: z. B. an den Wohnkisten des Volksbeglückers Haeseler aus Budapest zu Celle, die durch Traufennäße und -risse des Vordaches, durch zahlreiche Schrägriffe, feuchte Flächen und Haarrisse der Wände, durch zerfetzten Anstrich und fehlsame Sockelbehandlung nach kurzer Zeit des Bestehens offenkundige Ruinenhaftigkeit dieser Bauten, von denen die Bewohner frei nach Coue sagen: „Wir werden täglich nässer und nässer." (Heft 21.) Sehr wertvoll ist auch, wenn man gegenübersetzen kann, wie sich die katholische und die evangelische Kirche mit dem zeitgemäßen Bedürfnis nach Einfachheit und Materialgerechtheit abfindet. Nach den Abbildungen und Beschreibungen der katholischen Landkirchen (Heft 15) und der evangelischen Kirche zu Neurössen bei Merseburg (Neumawerk!) (Heft 22), erhält man den Eindruck, daß die katholische Kirche bei aller klugen Anpassung an Zeitempfindungen es besser versteht, das geschichtlich befestigte Gefühl der frommen Ueberlieferung unangetastet zu lassen; während sich, wie auch beim Aufenthalt in solchen Kirchen, evangelischerseits ein Umhertasten, ein Nicht-Zurückscheuen vor allerhand Zugeständnissen an gewollte Neuartigkeit um jeden Preis nicht bestreiten läßt. Das Bedeutendste aber, was diese grünen Hefte in den letzten Monaten enthielten, scheinen die „kritischen Spaziergänge durch die Berliner Bauausstellung" in Heft 15—17 gewesen zu sein, in denen die ganze Hohlheit der mit ungeheuren öffentlichen Mitteln erstellten Unternehmung schonungslos aufgezeigt wird. Es muß als ein hocherfreuliches Zeichen der Zeit gewertet werden, daß sich eine Zeitschrift von derartiger Gegnerschaft zur staatlich konzessionierter Richtung nicht nur halten kann, sondern daß sie ihren Wirkungskreis dauernd erweitert.

D. K. K. Feistel-Rohmeder.